REPORT | 2026

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK UND HUMANITÄRE HILFE
30 JAHRE

COURAGE FOR DEMOCRACY

Wie zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit Freiheit und Teilhabe stärken



Titelbild: Kundgebung zum Jahrestag der Vertreibung indigener Familien aus der Gemeinde Chicoyogüito

INHALT

Vorwort ... 5

Einleitung ... 6

Wie sich Demokratie durch die Arbeit von NRO stärken lässt ... 7

Einordnung der Debatte ... 9

Demokratiegefährdende Entwicklungen ... 10

Demokratiestärkung ist eine internationale Angelegenheit ... 12

Koloniale Kontinuitäten als Konfliktursache ... 12

Inklusion von Frauen und Stärkung queerer Rechte ... 13

Rolle von NRO beim Engagement für die Demokratie ... 15

Eingeschränkte Handlungsräume und wirksame Gegenstrategien ... 16

Die Zivilgesellschaft wird zum Feindbild erklärt ... 17

Der Kampf für demokratische Rechte in Togo
Interview mit David Dosseh (FCTD – Front Citoyen Togo Debout) ... 18

Kriminalisierung von NRO ... 20

Humanitäre Hilfe trotz eines restriktiven Umfelds
ADRA DEUTSCHLAND und ADRA YEMEN ... 21

Erhaltung von Handlungsräumen durch kollektive Stärke
FUNDACIÓN REGIONAL DE ASESORÍA EN DERECHOS HUMANOS (INREDH) und MISEREOR ... 23

Dokumentation und Sichtbarmachung von Unrecht
CENTRO DE ESTUDIOS LEGALES Y SOCIALES (CELS) und BROT FÜR DIE WELT ... 25

Lokaljournalismus als Graswurzel-Ansatz
DRAUFSICHT BAMENDA und SOLIDARITÄTSDIENST INTERNATIONAL ... 26

Empowerment von Kindern und Jugendlichen ... 28

Ostafrikanische Schüler_innen setzen sich für ihre Rechte ein
PLAN INTERNATIONAL ... 29

Kinder kennen und verteidigen ihre Rechte in Indien
DON BOSCO MONDO ... 31

Entwicklungspolitische Inlandsarbeit 34

Demokratie weltweit gestalten
EINE WELT NETZ NRW 36

Lokale Mitsprache und globale Gerechtigkeit
EINE WELT NETZWERK THÜRINGEN 38

Demokratie braucht Teilhabe
AKTION GEGEN DEN HUNGER 40

Gender und Gerechtigkeit 41

Wenn Frauen ihr Schweigen brechen
FAIRTRADE AFRICA und FAIRTRADE DEUTSCHLAND 42

Rechte marginalisierter Gruppen 46

Teilhabe indigener Gemeinschaften
CENTRO PARA LA ACCIÓN LEGAL EN DERECHOS HUMANOS (CALDH)
und ROMERO INITIATIVE 47

Kampf für queere Freiräume
MAWJOUDIN und LSVD+ – VERBAND FÜR QUEERE VIELFALT 51

Ausblick und Empfehlungen für die Arbeit von NRO 54

Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse 55

Handlungsempfehlungen für entwicklungspolitische
und humanitäre Akteur_innen 57

Anhang 59

Interviewpartner_innen 60

Quellenverzeichnis 61

VENRO-Mitglieder 64

Impressum 67

VORWORT

Demokratie ist kein Nice-to-have und kein Selbstläufer. Sie entsteht dort, wo Menschen sich einmischen, widersprechen, gestalten – oft unter schwierigsten Bedingungen und physischer Gefährdung. Der NRO-Report „Courage for Democracy“ gibt Einblicke in diese Arbeit: das weltweite Engagement der VENRO-Mitgliedsorganisationen und ihrer Partnerorganisationen für den Erhalt, die Stärkung und die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen.

Die Beispiele in dieser Publikation erzählen von Organisationen, die unter zunehmend schwierigen Bedingungen arbeiten. In vielen Ländern verengen sich die Handlungsräume für die Zivilgesellschaft, autoritäre Tendenzen nehmen zu, grundlegende Rechte geraten unter Druck. Und doch entstehen gerade in diesen Kontexten neue Ideen, Strategien und Allianzen. Die Projekte zeigen, wie zivilgesellschaftliche Akteur_innen Wege finden, demokratische Räume zu verteidigen – und neue zu öffnen.

Die eingereichten Beispiele unserer Mitgliedsorganisationen machen deutlich, dass Demokratie mehr ist als nur Wahlen und Institutionen. Sie steht auf vielen Beinen, die allesamt wichtig für ihr Fortbestehen sind: Geschlechtergerechtigkeit, die intersektional gedacht wird – also unter Berücksichtigung sich überschneidender Diskriminierungen wie Rassismus, Ableismus (Behindertenfeindlichkeit), Sexismus oder Klassismus –, die aktive Einbeziehung marginalisierter Gruppen und eine freie und pluralistische Medienlandschaft. Ebenso zentral sind die Aufarbeitung kolonialer Kontinuitäten, entwicklungspolitische und demokratische Bildungsarbeit, die Förderung junger Stimmen sowie ein verlässliches Rechtssystem. Nicht zuletzt zeigen die Beispiele, wie entscheidend internationale Kooperationen und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen für stabile demokratische Entwicklungen sind.

Die Rolle der Zivilgesellschaft zieht sich als roter Faden durch alle Beiträge. Sie ist nicht nur Beobachterin, sondern treibende Kraft – lokal verankert und global vernetzt. In Zeiten, in denen zivilgesellschaftliches Engagement in manchen Kreisen als Bedrohung dargestellt wird, setzt dieser Bericht ein klares Zeichen: Ohne eine lebendige Zivilgesellschaft gibt es keine lebendige Demokratie.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen.

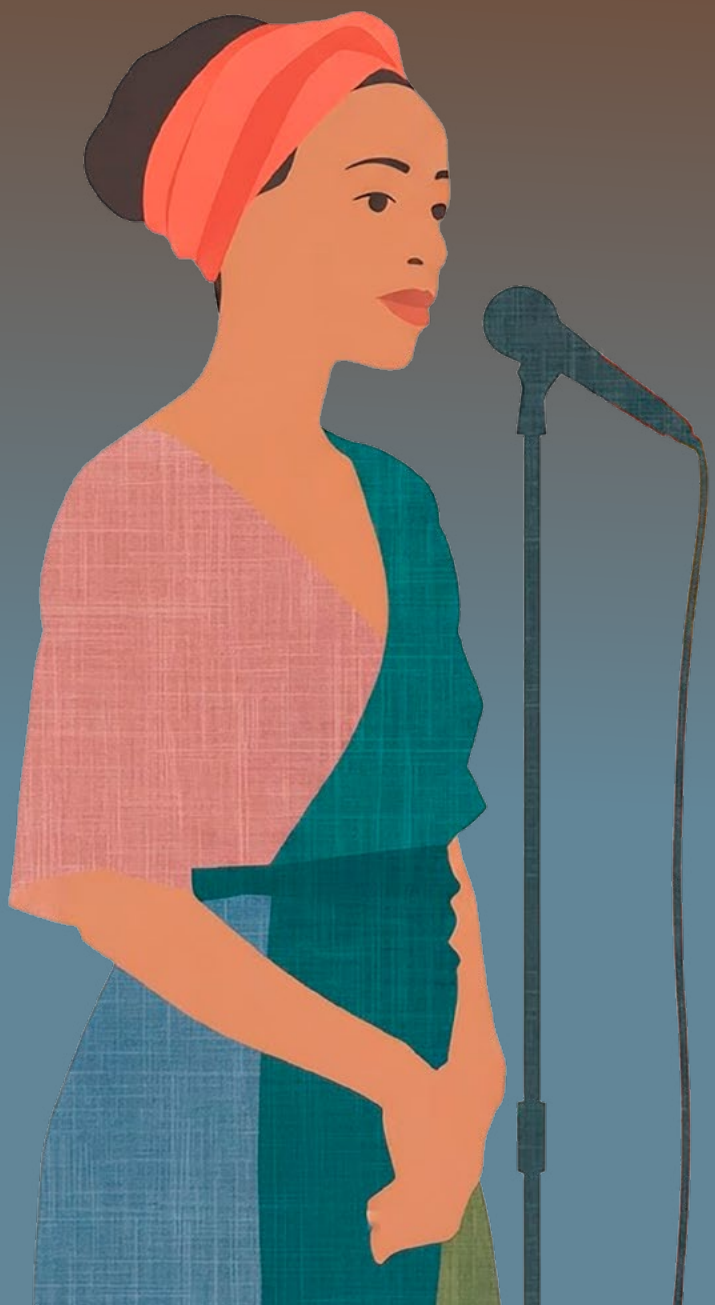


Anica Heinlein
VENRO-Vorstandsvorsitzende



Carsten Montag
VENRO-Vorstandsvorsitzender

EINLEITUNG



WIE SICH DEMOKRATIE DURCH DIE ARBEIT VON NRO STÄRKEN LÄSST

„Gemeinschaften mit gut ausgebauten Netzwerken zivilgesellschaftlichen Engagements fördern eher eine wirksame demokratische Regierungsführung."[1]

Das stellte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Robert Putnam bereits 1993 in seinem Buch „Making Democracy Work" fest. Soziale Netzwerke, Vertrauen und zivilgesellschaftliches Engagement sind zentrale Faktoren für die Stabilität von Demokratie.

Nur 3,4 Prozent der Menschen weltweit leben in Staaten, in denen volle Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert ist. Das zeigt der 2026 von Brot für die Welt veröffentlichte „Atlas der Zivilgesellschaft". Hingegen leben rund 73 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen Freiheitsrechte erheblich eingeschränkt sind und Kritiker_innen drangsaliert, verhaftet oder getötet werden. Autoritäre Regierungen und Ideologien sind auf dem Vormarsch, Institutionen des Rechtsstaates, unabhängige Medien sowie zivilgesellschaftliche Akteur_innen geraten unter Druck. Nicht nur in Staaten, in denen der zivilgesellschaftliche Handlungsraum seit langem als „geschlossen" gilt, wie Russland, Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien, China oder Kuba, sind Verschlechterungen demokratischer Freiheiten zu beklagen, sondern unter anderem auch in Georgien, Kenia, Äthiopien, Burkina Faso und Peru.

Doch Nichtregierungsorganisationen (NRO) wehren sich seit jeher dagegen. Als tragender Teil der Zivilgesellschaft setzen sie auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit, auf überregionale Vernetzung und internationale Kampagnen. Vor allem aber stärken sie die Demokratie „von unten", das heißt, sie unterstützen zivilgesellschaftliche Akteur_innen vor Ort, die die Interessen gefährdeter und diskriminierter Teile der Bevölkerung vertreten.

Demokratiestärkung ist heute eine zentrale Antwort auf globale Krisen: Wenn autoritäre Kräfte weltweit zivilgesellschaftliche Handlungsräume einschränken, dann bedeutet Demokratiestärkung, diese Räume aktiv zu verteidigen und wieder zu öffnen.

Durch die Bildung internationaler Netzwerke bündeln lokale Initiativen ihre Ressourcen, erweitern ihr Wissen und erhöhen ihre Sichtbarkeit. Sie ermöglichen Austausch, Schutz und politische Initiativen über Grenzen hinweg. Das sichert ihre Handlungsfähigkeit selbst unter erschwerten Bedingungen.

Gelebte Demokratie erfordert die Inklusion aller Gruppen in Entscheidungsprozesse. Insbesondere Kinder, Jugendliche und marginalisierte Personen profitieren von Empowerment, Bildung und der Veränderung sozialer Normen. Dies sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Menschen ihre Rechte wahrnehmen können.

---

1 Eigene Übersetzung. Im Original: Communities with rich networks of civic engagement are more likely to foster effective democratic governance.

NRO sind zentrale Akteur_innen dieser Demokratiestärkung. Sie schaffen Beteiligungsräume, stärken marginalisierte Stimmen, fördern politische Bildung und fordern Rechenschaft ein.

Und viele von ihnen machen Demokratie konkret erfahrbar – etwa, wenn junge Menschen in Uganda mit der Young Citizens' Score Card lernen, legitime Forderungen, wie die Wiedereingliederung von jungen Müttern in die Schule, vorzubringen:

„Ich bin eine Bürgerin und habe Rechte, die mir zustehen!"

Betty Habene, YCSC-Teilnehmerin

Beispiele aus der Arbeit von Partner_innen der VENRO-Mitgliedsorganisationen in Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa zeigen, wie Handlungsräume für zivilgesellschaftliches Handeln und demokratische Diskurse erkämpft und erhalten werden können.

Die Beiträge in diesem Report beschäftigen sich mit verschiedenen, für die Demokratiestärkung entscheidenden Faktoren: Dabei geht es unter anderem um freie und kritische Medien, internationale Kooperation, Bildungsarbeit, die Rechte von Minderheiten, das Empowerment von Kindern und Jugendlichen und Gendergerechtigkeit.

EINORDNUNG DER DEBATTE



DEMOKRATIEGEFÄHRDENDE ENTWICKLUNGEN

„Shrinking Space lässt sich als politischer Kampf um die Rolle der Zivilgesellschaft verstehen. Es beschreibt eine schrittweise Verschärfung der Verhaltensmaßstäbe, anhand derer bestimmt wird, wer oder was als legitime Zivilgesellschaft gilt."

Zu diesem Schluss kommt 2024 eine Konferenz über „Shrinking Spaces for Civil Societies" in Ljubljana. Schrumpfende zivilgesellschaftliche Räume sind einer von vielen Aspekten, die Demokratien gefährden. Oft werden die Grenzen dessen, was als legitime zivilgesellschaftliche Arbeit gilt, neu gezogen – etwa mit Verweis auf sozialen Zusammenhalt, öffentliches Interesse oder nationale Sicherheit. Dadurch werden Handlungsräume eingeschränkt.

Der Transformationsindex 2026 der Bertelsmann Stiftung (BTI) kommt zu alarmierenden Ergebnissen: Vor 20 Jahren wurde der BTI erstmals erhoben, damals waren die Demokratien noch in der Mehrheit. Heute werden 56 Prozent der 137 im BTI untersuchten Staaten autokratisch regiert.

Delegitimierung von Zivilgesellschaft und Medien

In autoritär geführten Ländern werden demokratische Strukturen durch die Gleichschaltung der Medien und Diffamierungskampagnen gegen Andersdenkende ausgehebelt. Das spaltet die Gesellschaft und erschwert demokratische Aushandlungsprozesse. Journalist_innen riskieren in diesen Ländern, physisch attackiert, ihrer Freiheit beraubt oder gar getötet zu werden. Das Informationsvakuum wird durch Propaganda gefüllt. Wie etwa in Kamerun.

„Der Krieg in Kamerun hat nicht nur Tausende Tote produziert, sondern auch eine Flut von Fake News und Hasskampagnen", sagt Godlove Dzebam von Draufsicht Bamenda. Seine Organisation bildet in Kamerun junge Menschen zu lokalen Reporter_innen aus – trotz der Behinderung ihrer Arbeit durch die Bürgerkriegsparteien. „Oft konnten wir unsere Kameras nicht mehr frei tragen, weil wir dann entweder vom Militär oder von Kampftruppen aufgegriffen wurden."

Aber auch in zahlreichen Demokratien setzen sich autokratische Tendenzen durch. Nämlich dort, wo gewählte Regierungen demokratische Kerninstitutionen aushöhlen mit dem Ziel, sich an der Macht zu halten. Die Erosion der Demokratie zeigt sich dem BTI 2026 zufolge vor allem in zwei Bereichen: der massiven Einschränkung politischer Beteiligung sowie der Aushöhlung von rechtsstaatlichen Verfahren.

Am deutlichsten sind die Rückschritte bei der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Der Raum für offenen Diskurs ist so eingeschränkt wie noch nie seit Beginn der BTI-Erhebung 2006.

„Demokratie stirbt nicht mit einem Knall, sondern mit einem Wimmern: Sie wird schrittweise von gewählten Führungspersonen ausgehöhlt, die die institutionellen Schranken untergraben."[2]

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018), „How Democracies Die"

In 82 von 197 Ländern beschneiden die Regierungen laut dem Atlas der Zivilgesellschaft 2026 Freiheitsrechte erheblich und drangsalieren Kritiker_innen. Dabei bedienen sich die Regierungen dieser Länder nicht nur Diffamierungskampagnen und Gewalt. Auch subtilere Mittel kommen zum Einsatz: etwa die Einflussnahme auf Lizenzvergaben für Verleger_innen, Fernseh- und Radiosender, die finanzielle Unterstützung regierungsnaher Medien, digitale Überwachung sowie Internetabschaltungen. Solche Maßnahmen sollen Kritik unterdrücken und die Organisation von Opposition behindern – und bedeuten damit eine massive Einschränkung der Pressefreiheit.

Wirtschaftliche Faktoren und Ressourcenknappheit

Neben der politischen Situation gestaltet sich die wirtschaftliche Situation der meisten NRO immer schwieriger.

Die finanzielle Lage vieler NRO in der Entwicklungszusammenarbeit hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Nach Angaben der OECD gingen die öffentlichen Entwicklungsausgaben (Official Development Assistance, ODA) der Geberländer 2024 um sechs Prozent zurück; für 2025 wurden weitere Kürzungen von neun bis 17 Prozent prognostiziert. Tatsächlich sank die internationale Entwicklungsfinanzierung 2025 gegenüber dem Vorjahr sogar um 23,1 Prozent auf 174,3 Milliarden US-Dollar – der stärkste Rückgang seit Beginn der OECD-Statistik[3]. Besonders betroffen sind die ärmsten Länder und die Staaten Subsahara-Afrikas, für die Rückgänge von 13 bis 25 Prozent beziehungsweise 16 bis 28 Prozent erwartet werden. Gleichzeitig führen die drastische Kürzung der US-Auslandshilfe und die Einstellung von rund 83 Prozent der Programme der US-Entwicklungsbehörde USAID zu erheblichen Finanzierungsausfällen bei zahlreichen internationalen und lokalen Partnerorganisationen. Viele NRO sehen sich daher gezwungen, Personal abzubauen, Projekte einzustellen oder wichtige Angebote in den Bereichen Bildung, Gesundheit sowie Demokratie- und Menschenrechtsförderung zu reduzieren.

Eine weitere Erschwernis ist die Tendenz autoritärer Regierungen, die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen administrativ oder politisch zu behindern. So berichtet Irmgard Soentgen von Misereor von erschwerten Arbeitsbedingungen für ihre Partnerorganisationen in Ecuador. „Gemäß einem neuen NRO-Gesetz müssen sich alle Organisationen registrieren lassen, ihre Finanzen darlegen und belegen, dass ihre Tätigkeit im staatlichen Interesse ist. Hier genügt schon ein Verdacht, um eine NRO lahmzulegen."

2 Eigene Übersetzung. Im Original: Democracy dies not with a bang but with a whimper: it is eroded incrementally by elected leaders who subvert institutional constraints.

3 Final OECD statistics on official development assistance (ODA) and other resource flows to developing countries in 2024

DEMOKRATIESTÄRKUNG IST EINE INTERNATIONALE ANGELEGENHEIT

„Wir verstehen Demokratiestärkung als internationales Projekt, nicht nur als deutsches."

Klaas Friemel Janowsky vom Projekt „Demokratie weltweit gestalten" des Eine Welt Netz NRW möchte einen breiten politischen Bildungsprozess zur Bedeutung weltweiter Vernetztheit anstoßen. Auf der einen Seite lädt das Projekt mit Straßentheater, Trommel-Performances oder Flashmobs die Öffentlichkeit in NRW ein, über lokale Beteiligungsprozesse nachzudenken. Auf der anderen Seite will es den Blick erweitern: auf globale Anliegen wie Klimaschutz, Flucht und Nachhaltigkeit. „Wir sind in Deutschland nicht das Nonplusultra der gelebten Demokratie. Deshalb fragen wir: Was können wir von den anderen lernen?"

Die Kooperation von NRO untereinander – gerade über Landesgrenzen hinweg – stärkt die demokratische Resilienz. Deshalb bilden immer öfter verschiedene Organisationen solche Netzwerke. „Lokale Partnerorganisationen von Misereor haben mehrere strategisch wichtige Fälle vor Gericht gebracht und Erfolge erzielt", sagt Irmgard Soentgen von Misereor. Dabei spiele der Austausch über erfolgreiche Menschenrechtsstrategien mit Organisationen aus Kolumbien, Mexiko und El Salvador eine wichtige Rolle. Darüber hinaus wenden sich Misereors lokale Partnerorganisationen an regionale und an die Menschenrechtssysteme der Vereinten Nationen (UN), um ihre Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Zivilgesellschaft muss auf internationale Zusammenarbeit setzen, um den Austausch, das gemeinsame Lernen und die gegenseitige Unterstützung zu fördern. Dadurch verbessern sich die Chancen, gemeinsam Veränderungen zu erreichen und die Handlungsfähigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erhalten, auch in einem zunehmend autoritären Kontext.

KOLONIALE KONTINUITÄTEN ALS KONFLIKTURSACHE

In Ländern mit kolonialer Geschichte wirken diese Strukturen und daraus folgende Diskriminierungen immer noch fort. Demokratiestärkung bedeutet daher auch, historische Ungleichheiten anzuerkennen und lokale Perspektiven einzubeziehen, um nachhaltige Teilhabe zu ermöglichen. „Der Konflikt zwischen dem anglofonen und dem frankofonen Teil Kameruns ist eine Spätfolge des Kolonialismus", erklärt Godlove Dzebam von Draufsicht Bamenda, einer Partnerorganisation vom

Solidaritätsdienst International (SODI). Kamerun wurde 1884 deutsche Kolonie und nach dem Ersten Weltkrieg zwischen Frankreich und Großbritannien aufgeteilt. Die unterschiedlichen kolonialen Verwaltungs-, Bildungs- und Rechtssysteme prägen das Land bis heute und begünstigen den anhaltenden Konflikt.

Die Zurückdrängung der englischen Sprache im Alltag des offiziell zweisprachigen Landes hatte Unabhängigkeitsbestrebungen im anglofonen Teil verstärkt. Der Staat reagierte darauf mit Gewalt und Repressionen. Demokratiearbeit müsse diese Geschichte einbeziehen: „Sonst tauchen die Wunden des Kolonialismus wieder auf und schaffen neue Wunden“, sagt Godlove Dzebam.

Mit seinem Verein will er Menschen auf der Ebene ihrer lokalen Gemeinschaften wertschätzen und stärken. Menschen, deren Geschichten oft nicht gehört werden. Dabei nutzt Draufsicht Bamenda journalistische Mittel, um gegen Desinformationen rund um den Konflikt in Kamerun vorzugehen.

Das Projekt in Kamerun zeigt sehr konkret, wie Demokratie als Teilhabe „von unten“ gestärkt wird:



Objektive Berichterstattung und traumasensibler Journalismus schaffen verlässliche Informationsstrukturen und Empowerment: „Jeder, der eine Geschichte zu erzählen hat, kann etwas beitragen“, lautet eine zentrale Botschaft des Projekts. Das stärkt das Vertrauen der Bevölkerung.

INKLUSION VON FRAUEN UND STÄRKUNG QUEERER RECHTE

„Aus Sicht von VENRO ist das Ziel einer feministischen Entwicklungszusammenarbeit die gleiche politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe aller Menschen, unabhängig von beispielsweise Geschlecht, geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung, ethnischer Zuschreibung und Herkunft, Religion, Nationalität, Alter, Behinderungen oder Aufenthaltsstatus“, heißt es in der VENRO-Stellungnahme zur feministischen Entwicklungspolitik „Von der Idee zur Realität“.

Dies gelingt durch die richtige Allokation von Ressourcen, die Verteidigung der Rechte von marginalisierten Gruppen und die soziale und politische Teilhabe aller. Intersektional gedacht ist das Ziel, Machtungleichheiten aufzudecken und diese strukturell zu bekämpfen. Daher sind

feministische transformative Ansätze unerlässlich für eine funktionierende Demokratie.

Fairtrade Deutschland liefert mit der Women's School of Leadership in Côte d'Ivoire und Ghana ein Erfolgsmodell: Hier werden einerseits Kakaobäuerinnen geschult, andererseits auch Männer, die sich als „Gender Champions" für Frauenrechte einsetzen wollen. Dabei verbindet sich individuelles Empowerment mit politischer Teilhabe.

„Es reicht nicht, dass Frauen ihre Rechte kennen", erklärt Bettina von Reden von Fairtrade Deutschland. „Wir ermutigen sie, sich öffentlich zu äußern und vor anderen zu sprechen."

Damit rührt dieses Projekt an der Wurzel dessen, was Demokratie ausmacht: die Fähigkeit und Möglichkeit, eigene Bedürfnisse und Rechte zu erkennen, zu artikulieren und sich damit Gehör zu verschaffen. Ziel ist eine höhere Beteiligung von Frauen in lokalen politischen Gremien, wodurch auch struktureller Wandel angestrebt wird. Und es zeigt Wirkung. So sprach etwa die Absolventin der Women's School of Leadership, Rosine Bekoin, später im britischen Parlament über die Notwendigkeit, die Unsichtbarkeit und Ausbeutung der Kakaobäuerinnen zu beenden. Sie appellierte an die britische und europäische Politik sowie an Handel und Hersteller_innen, faire Handelsbedingungen herzustellen, damit Kakaobäuerinnen ein existenzsicherndes Einkommen verdienen können.



In Tunesien kämpft die Organisation Mawjoudin für die Rechte von queeren Menschen. Durch künstlerische Projekte wie das Theaterstück „Flagranti" wird Sichtbarkeit geschaffen und das Bewusstsein für die Rechte sexueller Minderheiten gefördert. Ihre Arbeit zeigt, wie die Stärkung der Rechte von queeren Menschen zur Demokratiestärkung beiträgt. Denn nur in einer Gesellschaft, in der die Diversität der Bevölkerung sichtbar ist und Teilhabe erfährt, kann Demokratie langfristig Fuß fassen.

Zudem leistet Mawjoudin direkte soziale und rechtliche Unterstützung für Gefährdete. Dabei wurde die Organisation bis 2023 auch von der Menschenrechtsstiftung des LSVD⁺ unterstützt. Diese Unterstützung musste eingestellt werden, auch weil das Auswärtige Amt die Förderung von Projekten des LSVD⁺ insgesamt beendet hat.

Durch regionale Vernetzung will Mawjoudin Wissen für künftige Generationen bewahren. Ziel ist es, Minderheitenrechte und demokratische Teilhabe angesichts wachsender staatlicher Repressionen zu schützen. Mawjoudin-Mitgründer Hedy (Name geändert) sieht darin auch einen Kampf für die Demokratie:

„Die queeren Rechte sind verbunden mit den sexuellen Selbstbestimmungsrechten. Beide sind Schlüssel für echte Freiheit und echte Demokratie."

ROLLE VON NRO BEIM ENGAGEMENT FÜR DIE DEMOKRATIE

NRO spielen eine zentrale Rolle bei der Stärkung demokratischer Strukturen: Sie eröffnen neue Beteiligungsräume, geben marginalisierten Gruppen eine Stimme, machen Demokratie erlebbar: Das Eine Welt Netzwerk Thüringen etwa nutzt niedrigschwellige Formate wie Erzählcafés und Podcasts, um die Verbindung zwischen lokaler Demokratie und globaler Perspektive aufzuzeigen und Menschen in Thüringen für Weltoffenheit zu sensibilisieren. „Wir wollen die Verbindungen zwischen entwicklungspolitischer Arbeit und Demokratie aufzeigen und fragen: Wie können wir selbstwirksam sein?“, sagt Laura Huschenbett, die Netzwerkkoordinatorin. Wichtig sei es, zivilgesellschaftliche Akteur_innen sichtbar zu machen und zu zeigen: Es gibt aktive Gegenkräfte zu autoritären Tendenzen.

Plan International setzt in Uganda und Kenia mit den Young Citizens’ Score Cards auf eine direkt von jungen Menschen geleitete Partizipation. Jugendliche identifizieren lokale Probleme – wie Schulabbrüche bei jungen Frauen, unsichere Straßen oder fehlende Hygieneangebote – und entwickeln eigenständig Lösungen, die sie anschließend mit Schulen, Behörden und zivilgesellschaftlichen Partner_innen diskutieren. Betty Habene, eine Teilnehmerin des Programms, lernte so, die Bedürfnisse sonst kaum gehörter Jugendlicher zu formulieren. Und Autoritäten damit zu konfrontieren: „Mit der Young Citizens’ Score Card lernen junge Menschen, wie sie ihre Einrichtungen zur Rechenschaft ziehen können.“

Das gleiche Ziel verfolgt Draufsicht Bamenda mit einem Programm zur Demokratiestärkung an Schulen in Kamerun. In verschiedenen Medien- und Friedensclubs lernen die Schüler_innen, was Demokratie bedeutet und wie sie sich selbst in Entscheidungsprozesse einbringen können.

Der Schutz marginalisierter Gruppen ist die Voraussetzung für demokratische Teilhabe. In Indien setzt sich Don Bosco Mondo dafür ein, auch Kinder und Jugendliche als Träger_innen von Rechten zu verstehen. Dazu bedarf es der Veränderung tief verankerter Normen. „In unserer traditionellen Kultur sind Kinder nicht Teil des politischen Entscheidungsprozesses“, sagt Moumita Roy (von Don Bosco Mondo). Deshalb reiche es nicht aus, den Kindern Kommunikations-Skills beizubringen. „Damit sie in der Lage sind, mit ihren Problemen die Dorfältesten anzusprechen, arbeiten wir auch mit Eltern, Schulen und Gemeinschaften zusammen.“

Durch diese Projekte wirken NRO als verbindende Instanz zwischen marginalisierten Gruppen und Entscheidungsträger_innen, erleichtern Dialoge und bauen nachhaltige zivilgesellschaftliche Strukturen auf. So fördern sie nicht nur Partizipation, sondern auch Verantwortlichkeit, politische Bildung und soziale Transformation.

EINGESCHRÄNKTE HANDLUNGSRÄUME UND WIRKSAME GEGENSTRATEGIEN



„Die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Räume gehört weltweit zu den sichtbarsten Zeichen demokratischer Erosion“, heißt es im Transformationsindex 2026 der Bertelsmann Stiftung. Tatsächlich geraten Nichtregierungsorganisationen, Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen in vielen Ländern zunehmend unter Druck. Demokratieförderung und zivilgesellschaftliches Engagement werden dort von Teilen der Politik und Gesellschaft nicht mehr als notwendiger Bestandteil einer pluralistischen Gesellschaft verstanden, sondern als Bedrohung politischer Stabilität. Repression beginnt dabei oft schleichend: mit Diffamierungen, bürokratischen Auflagen oder dem Vorwurf der Fremdsteuerung. Die folgenden Stimmen aus verschiedenen Ländern zeigen, wie sich



Handlungsräume für zivilgesellschaftliche Akteur_innen verengen – und welche Strategien sie entwickeln, um dennoch handlungsfähig zu bleiben.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT WIRD ZUM FEINDBILD ERKLÄRT

Bei der Vorstellung des Bundesverfassungsschutzberichts 2025 erklärte der deutsche Innenminister Alexander Dobrindt: „Die größte Bedrohung für unsere Demokratie kommt von Rechtsextremisten.“ Dies bestätigt auch die Amadeu-Antonio-Stiftung in ihrem Sicherheitsreport zu Angriffen auf Demokratieprojekte. Diese werden immer häufiger Ziel rechtsextremer Angriffe: „Im Jahr 2025 wurde im Durchschnitt jeden dritten Tag ein Angriff auf die demokratische Zivilgesellschaft dokumentiert.“

Die Folgen dieses Drucks sind laut der Stiftung weitreichend: Projekte werden angegriffen, Förderungen infrage gestellt und Engagierte eingeschüchtert. „Gleichzeitig verbreiten rechtsextreme Akteur_innen – darunter auch die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien sowie rechtsalternative Medien – demokratiefeindliche Narrative, die darauf abzielen, zivilgesellschaftliches Engagement zu delegitimieren.“ Hier wird die Zivilgesellschaft zum Feindbild erklärt.

In vielen Ländern ist es der Staat selbst, der die Bedingungen für Demokratiearbeit zunehmend verschärft. So wie in dem folgenden Beispiel aus Togo. „Die Machthabenden benutzen die Justiz als Werkzeug der Repression, um unsere Aktivitäten zu verhindern“, sagt David Dosseh, Koordinator von Front Citoyen Togo Debout. Für ihn ist klar: Die Justiz ist längst kein neutrales Instrument mehr, sondern Teil eines Systems, das darauf abzielt, Engagement für Demokratie zu unterdrücken. Er berichtet von Kolleg_innen, die ins Gefängnis kamen – wie der Menschenrechtsaktivist Aziz Gouma, der jahrelang inhaftiert war. Die Botschaft ist deutlich: Wer sich engagiert, riskiert Freiheit – oder mehr.



Professor David Dosseh unterzeichnet das Gründungsdokument der Cadre de Réflexion et d'Action Citoyenne (CRAC), einer neuen Plattform, die Kräfte der Zivilgesellschaft und Politik für die Demokratie bündelt. © FCTD

DER KAMPF FÜR DEMOKRATISCHE RECHTE IN TOGO

Interview mit David Dosseh (FCTD – Front Citoyen Togo Debout)

Togo ist einer der Staaten, in denen ein autoritäres Regime zivilgesellschaftliche Akteur_innen unter Druck setzt und massiv bedroht. Wer sich engagiert, muss mit Haft oder Entführung rechnen. Trotzdem kämpft David Dosseh mit dem Front Citoyen Togo Debout (FCTD) für einen demokratischen Wandel.

Können Sie sich und Ihre Organisation kurz vorstellen?

David Dosseh: *Ich bin Koordinator von FCTD, einer Organisation, die sich seit 2017 für Demokratie in Togo einsetzt. Gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Togo, in Partnerschaft mit Oppositionsparteien sowie mit einem internationalen Netzwerk von Organisationen aus Westafrika möchten wir die demokratische Kultur in Togo fördern.*

Wie würden Sie die politische Situation in Togo beschreiben?

Dosseh: *Seit 1967 steht immer dieselbe Familie, die Familie Gnassingbé, an der Spitze unseres Landes. Nach dem Tod von Étienne Gnassingbé Eyadéma im Jahr 2005 kam es zu einer dynastischen Nachfolge durch seinen Sohn – unter Verletzung unserer Verfassung. Der derzeitige Präsident tut alles, um seine Macht zu erhalten.*

In dieser angespannten Situation bleibt FCTD standhaft und engagiert sich für eine demokratische Kultur, für einen demokratischen Machtwechsel, für freie und faire Wahlen, für die Achtung der Menschenrechte und für eine gerechte Justiz.

Welche Strategie verfolgt Ihre Organisation?
Dosseh: *Wir verfolgen einen friedlichen Ansatz. Um erfolgreich zu sein, müssen wir die Bevölkerung sensibilisieren: die Situation erklären, unsere Strategie darlegen und die Menschen dazu aufrufen, sich zu organisieren und ihre Rechte sowie ihre individuellen und kollektiven Freiheiten einzufordern.*

Mit welchen Hindernissen sehen Sie sich dabei konfrontiert?
Dosseh: *Die Regierung errichtet zahlreiche Hürden. Eine der größten Schwierigkeiten ist, dass wir daran gehindert werden, die Bevölkerung zu erreichen. Wenn wir Veranstaltungen organisieren wollen, werden Sicherheitskräfte geschickt, um diese aufzulösen, oder sie werden unter Berufung auf Gesetze gegen Versammlungen verboten. Selbst wenn wir alle Fristen einhalten und die Behörden informieren, wird immer ein Vorwand gefunden – meist angebliche Sicherheitsgründe –, um unsere Aktivitäten zu untersagen.*

Dazu kommen willkürliche Inhaftierungen, erzwungenes Exil aus politischen Gründen sowie gewaltsames Verschwindenlassen von Oppositionellen, die für Demokratie kämpfen.

Welche Rolle spielt die Justiz in diesem Kontext?
Dosseh: *Einige unserer Mitarbeitenden und Partner_innen wurden inhaftiert, zum Beispiel Aziz Gouma, ein Menschenrechtsaktivist mit togolesisch-irischer Staatsbürgerschaft. Er war acht Jahre lang in Haft und wurde erst im Dezember 2025 freigelassen. Kürzlich sprach er vor den Vereinten Nationen und prangerte die Menschenrechtssituation in Togo, die erlittene Folter, den Mangel an Gerechtigkeit und die Haftbedingungen an. All das zeigt, dass die Justiz als Instrument der Repression genutzt wird.*

Sie befürchten eine weitere Verschlechterung der gesetzlichen Lage?
Dosseh: *Gerade plant die Regierung ein neues Gesetz: Organisationen sollen detailliert offenlegen, welche finanziellen Mittel sie erhalten und wie sie diese verwenden. Diese zusätzlichen Auflagen werden die Arbeit der Zivilgesellschaft erheblich erschweren.*

Wie können Sie trotz dieser Einschränkungen handlungsfähig bleiben?
Dosseh: *Als ich FCTD gegründet habe, wurde uns nie ein offizielles Verwaltungsdokument ausgestellt, das uns die Arbeit erlaubt hätte. Deshalb arbeiten wir mit anderen Organisationen zusammen, die über solche Dokumente verfügen. Diese Organisationen melden dann Veranstaltungen an, während wir im Hintergrund arbeiten.*

Außerdem nutzen wir soziale Netzwerke, um unsere Stellungnahmen zu verbreiten und Informationen zu teilen, ohne eine Genehmigung einholen zu müssen. Darüber hinaus arbeiten wir mit einem Netzwerk von Anwält_innen zusammen, die uns bei Verhaftungen unterstützen und rechtlichen Beistand leisten.

Sie setzen mit FCTD stark auf internationale Zusammenarbeit …
Dosseh: *Das internationale Netzwerk ist für uns sehr wichtig. Wenn wir uns im eigenen Land nicht äußern können, können unsere Partnerorganisationen in Westafrika und Europa für uns sprechen und unsere Situation sichtbar machen.*

Was kann weltweite Öffentlichkeit angesichts der Situation in Togo ausrichten?
Dosseh: *Die Freilassung von Aziz Gouma war beispielsweise das Ergebnis einer Untersuchung*

der Europäischen Union zur Menschenrechtslage in Togo und zur Gewalt von Sicherheitskräften, durch die mehrere Demonstrierende ums Leben kamen.

Internationaler Druck ist entscheidend, und wir fordern, dass er verstärkt wird – insbesondere im Zusammenhang mit der neuen Verfassung von 2024, die keine direkte Wahl des Präsidenten mehr vorsieht.

KRIMINALISIERUNG VON NRO

Repression äußert sich nicht nur in Verfolgung und Inhaftierung. Oft beginnt sie mit Worten.

In Ecuador beobachtet Irmgard Soentgen, Projektmanagerin bei Misereor, wie sich die Rhetorik der Regierung verändert hat. Organisationen, die sich beispielsweise für den Schutz der Gemeinden vor den Folgen des Bergbaus einsetzen, werden plötzlich als Feinde dargestellt: Sie seien antipatriotisch, ihre Aktionen terroristisch. Ein Vorwurf, der Wirkung zeigt. „Das ist eine klare Strategie der Kriminalisierung", fasst Irmgard Soentgen ihre Einschätzung zusammen. Während bewaffnete Gruppen vor Ort eine reale Bedrohung darstellen, wächst gleichzeitig der Druck von staatlicher Seite – eine zweiseitige Bedrohung, die kaum Handlungsraum lässt.



Ein ähnliches Muster beschreibt Paula Litvachky, Geschäftsführerin des Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS) aus Argentinien. „Wir sehen einer schweren Krise ins Auge", sagt sie. Eine Regierung, die wirtschaftliche Interessen über Menschenrechte stellt, gehe zunehmend gegen kritische Stimmen vor. Besonders soziale und indigene Bewegungen würden als kriminelle Vereinigungen oder gar als staatsgefährdend gebrandmarkt. Der Vorwurf des Terrorismus wird so zu einem politischen Werkzeug – und Protest selbst zur Straftat.

Auch in Tunesien zeigt sich, wie eng die Grenzen gesetzt werden können – nicht nur durch den Staat, sondern auch durch gesellschaftlichen Druck. Hedy von der Organisation Mawjoudin erlebt das täglich: „Die Gesetze gegen gleichgeschlechtliche Beziehungen wurden in der Vergangenheit nicht oft angewandt. Doch jetzt gestaltet sich die Regierungspolitik zunehmend restriktiver." Mit wachsender Sichtbarkeit queerer Themen wächst auch das Risiko. „Du kannst dich als schwules Paar nicht mehr in der Öffentlichkeit zeigen." Veranstaltungen verschwinden, Initiativen ziehen sich zurück. „Wir haben seit 2022 kein Filmfestival mehr ausgerichtet, weil es die verschärfte Sicherheitssituation nicht zulässt." Was bleibt, sind geschützte Räume – und die Frage, wie lange auch diese noch sicher sind.

HUMANITÄRE HILFE TROTZ EINES RESTRIKTIVEN UMFELDS

ADRA DEUTSCHLAND und ADRA YEMEN

ADRA Yemen

ADRA Yemen ist Teil des internationalen ADRA-Netzwerks, einem Zusammenschluss von über 100 unabhängigen Büros in ebenso vielen Ländern. Diese Partnerschaften sind von Respekt, gegenseitigem Verständnis und gleichberechtigter Zusammenarbeit geprägt. ADRA Yemen arbeitet in einem von Krieg, Vertreibung und humanitären Krisen bestimmten Umfeld daran, besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Die Organisation verbindet Nothilfe mit langfristigen Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit und fördert den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, sauberem Wasser und Einkommensmöglichkeiten. Ein besonderer Fokus liegt auf der Unterstützung von Frauen, Kindern und Binnenvertriebenen. Gleichzeitig stärkt ADRA lokale Gemeinschaften durch Trainings, psychosoziale Unterstützung und den Aufbau widerstandsfähiger lokaler Strukturen. Ziel ist es, Menschen trotz anhaltender Konflikte Perspektiven, Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Im Jemen schränken das restriktive politische Umfeld und das Misstrauen in Teilen der De-facto-Regierung im Norden des Landes gegenüber internationalen NRO die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung ein und erschweren die humanitäre Arbeit ebenso wie die Friedensarbeit.

„ADRA Deutschland und ADRA Yemen sind, wie viele andere NRO und lokale Organisationen, Einmischungen in die Planungs- und Implementierungsprozesse ausgesetzt“, sagt Verena Lauer. Bei ADRA Deutschland arbeitet sie in Kollaboration mit ADRA Yemen daran, im Jemen die medizinische Versorgung der Landbevölkerung zu verbessern.

Konkret fokussiert sich das Projekt darauf, medizinische Geräte in den Jemen zu bringen, wo diese nicht lokal beschafft werden können, und Fortbildungen für Krankenhauspersonal umzusetzen. Um dies zu erreichen, macht sie die Kooperation mit lokalen, gemeindebasierten Strukturen zur Basis ihrer alltäglichen Arbeit, die auf einem partnerschaftlichen Ansatz beruht und Vertrauen schafft.

Das Misstrauen in Teilen der Regierung gegenüber internationalen Organisationen führt zu neuen Herausforderungen, den zivilgesellschaftlichen Handlungsraum zu erhalten. Insbesondere neue Gesetze, Kontrollen und Repressionen erschweren die humanitäre Arbeit.

Dennoch fand ADRA Yemen Wege, die werte- und prinzipiengeleitete Arbeitsweise aufrechtzuerhalten: „Unser Ziel ist es, Menschen wirksam zu erreichen und den Zugang zu Projektgebieten langfristig zu sichern. Dabei mischen wir uns nicht in die Politik ein. Deshalb achten wir darauf, dass Begriffe wie Gender, Feminismus oder Schutz in einer Sprache vermittelt werden, die vor Ort anschlussfähig ist und keine unnötigen politischen



ADRA bringt medizinische Geräte in den Jemen, die lokal nicht beschafft werden können. © ADRA Yemen

Missverständnisse erzeugt – etwa indem wir von sozialer Inklusion sprechen“, berichtet Verena Lauer.

„Das Verständnis der lokalen Gegebenheiten und der arabischen Sprache – die den Begriff ‚Gender‘ traditionell nicht kennt – ist für unsere Arbeit von zentraler Bedeutung.“

Die Anpassung betrifft die Sprache und das Erreichen eines gemeinsamen Verständnisses, jedoch nicht die Inhalte oder Zielsetzungen der Arbeit von ADRA Yemen. Verena Lauer berichtet von Erfolgen, die motivieren: „Ich habe eine zweifache Mutter getroffen, die bei ihrer dritten Schwangerschaft das erste Mal ein Ultraschallbild sehen konnte, da sie in einem von ADRA Yemen unterstützten Krankenhaus behandelt werden konnte. Eine lebensrettende und würdevolle Versorgung ist Kern unserer Arbeit und Grund, auch unter Einschränkungen aktiv zu bleiben.“

Foreign Agents

Autoritäre Staaten greifen häufig zu sogenannten „Foreign Agent“-Gesetzen, um zivilgesellschaftliche Organisationen als Werkzeuge fremder Interessen darzustellen. Unter dem Vorwand von Transparenz oder nationaler Sicherheit werden NRO, die Gelder aus dem Ausland beziehen, gezwungen, sich als „ausländische Agenten“ registrieren zu lassen, was sie öffentlich stigmatisiert und ihr Vertrauen in der Bevölkerung untergräbt. Zugleich gehen damit oft strenge Auflagen, Überwachung und hohe Strafandrohungen einher, die die Arbeit massiv erschweren oder faktisch unmöglich machen. Entsprechende Gesetze gibt es beispielsweise in Russland, China, Georgien, Ägypten, Nicaragua und Indien.



Kundgebung zum Internationalen Tag der Menschenrechte 2025 © INREDH

ERHALTUNG VON HANDLUNGS-RÄUMEN DURCH KOLLEKTIVE STÄRKE

FUNDACIÓN REGIONAL DE ASESORÍA EN DERECHOS HUMANOS (INREDH) und MISEREOR

Zivilgesellschaftliche Organisationen verschwinden nicht einfach, wenn der Druck wächst. Sie verändern sich.

In Ecuador beschreibt Irmgard Soentgen von Misereor eine Situation, in der Menschenrechtsaktivist_innen von zwei Seiten bedrängt werden: „Einerseits werden zivilgesellschaftliche Akteur_innen von bewaffneten Banden bedroht, andererseits werden sie vom Staat unter Druck gesetzt und behindert." Doch anstatt auseinanderzubrechen, rücken sie enger zusammen.

Mehrere Organisationen haben sich unter der Koordination der Fundación Regional de Asesoría en Derechos Humanos (INREDH), einer Partnerorganisation von Misereor, zusammengeschlossen, um kollektive Stärke zu demonstrieren. Sie bilden Bündnisse, teilen Ressourcen und unterstützen sich gegenseitig – auch ganz praktisch: Wenn Konten eingefroren werden, helfen sie einander solidarisch.

„In unserem Pilotprojekt geben wir diesem Zusammenschluss von Organisationen, die für Umweltschutz und Menschenrechte arbeiten, Werkzeuge an die Hand: Wie kann ich mich und mein Team schützen? Wie können wir die begleiteten Gemeinden und Aktivist_innen schützen? Welche Sicherheitskonzepte können wir entwerfen?", erklärt Irmgard Soentgen.

Hier entsteht eine Form von Schutz durch Solidarität. Trainings, Sicherheitskonzepte, Risikobewusstsein – all das wird Teil zivilgesellschaftlicher Arbeit. Aktivismus wird professioneller, vorsichtiger, aber auch widerstandsfähiger.

Auch über nationale Grenzen hinaus suchen Organisationen nach Handlungsräumen. Sie knüpfen

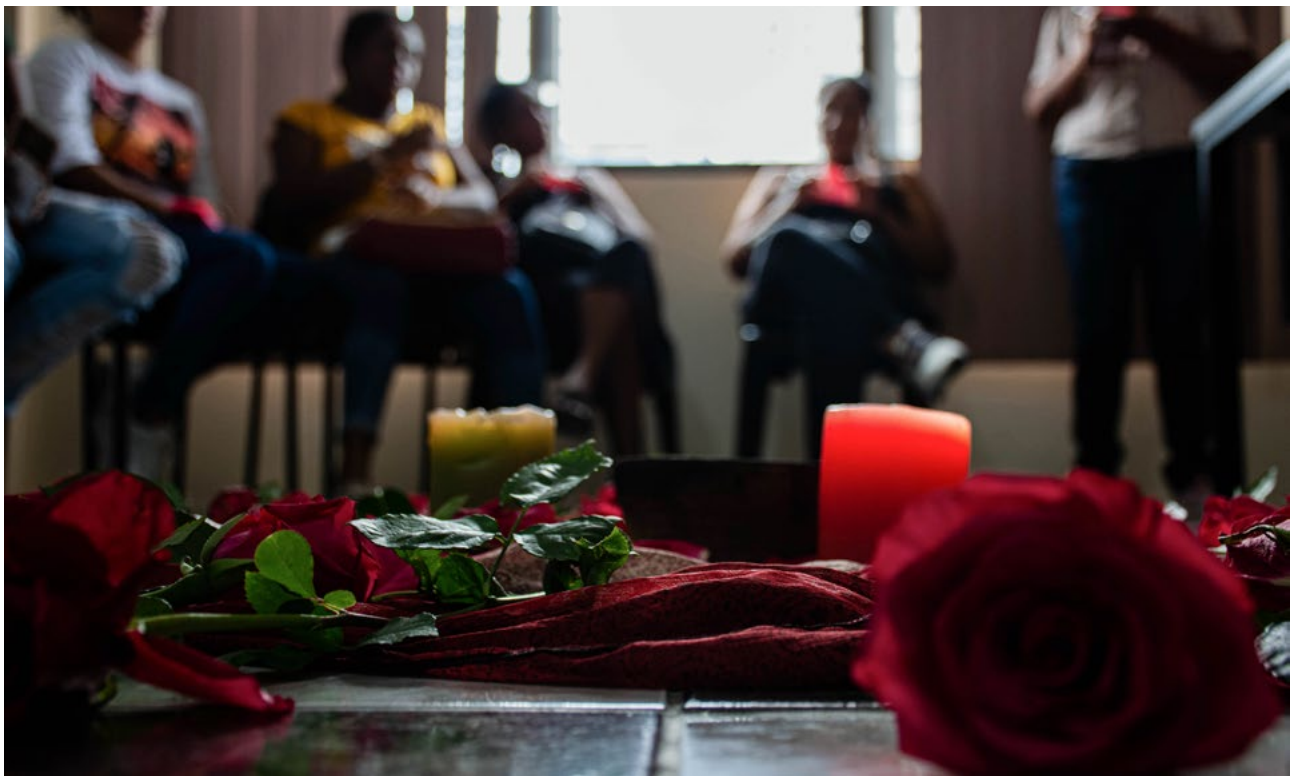
Netzwerke, teilen Erfahrungen und Widerstandsstrategien. Ecuadorianische Initiativen tauschen sich mit Partner_innen aus Kolumbien, Mexiko oder El Salvador aus. Diese transnationale Vernetzung schafft Rückhalt.

Juristische Klagen als Instrument

In Ecuador wird der Rechtsstaat selbst zum umkämpften Terrain. Trotz aller Einschränkungen nutzen Organisationen gezielt juristische Wege. Partnerorganisationen von Misereor haben mehrere Fälle vor Gericht gebracht und gewonnen, berichtet Irmgard Soentgen. „Menschenrechtsorganisationen haben erreicht, dass Angehörige des Militärs nach der Ermordung von vier Kindern schuldig gesprochen wurden, dass Gemeinden, die ihre Umweltrechte verteidigen, von willkürlichen Anklagen freigesprochen wurden, oder dass gesperrte Bankkonten der Organisationen wieder freigegeben wurden.“ Diese Erfolge signalisieren, dass staatliche Willkür nicht unwidersprochen bleibt.

Fundación Regional de Asesoría en Derechos Humanos (INREDH)

INREDH setzt sich in Ecuador für den Schutz der Menschenrechte sowie die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ein. Die Organisation begleitet indigene Gemeinschaften, soziale Bewegungen und Menschenrechtsverteidiger_innen bei Konflikten um Landrechte, Umweltzerstörung und sozialer Diskriminierung. Durch Bildungsarbeit, juristische Unterstützung und öffentliche Kampagnen fördert INREDH die politische Teilhabe benachteiligter Gruppen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Schutz von Aktivist_innen, die von Gewalt oder Kriminalisierung betroffen sind. Ziel der Arbeit ist es, demokratische Räume zu verteidigen und soziale sowie ökologische Rechte langfristig zu stärken.



Fürsorge- und Unterstützungsrunde für Frauen von Inhaftierten in Guayaquil. © INREDH



Kundgebung zur Meinungsfreiheit in Buenos Aires, Argentinien © Centro de Estudios Legales y Sociales

DOKUMENTATION UND SICHTBARMACHUNG VON UNRECHT

CENTRO DE ESTUDIOS LEGALES Y SOCIALES (CELS) und BROT FÜR DIE WELT

Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS)

CELS setzt sich in Argentinien für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und die Stärkung demokratischer Institutionen ein. Die Organisation arbeitet zu Themen wie Polizeigewalt, Diskriminierung, Meinungsfreiheit und den Rechten benachteiligter Gruppen. CELS in Argentinien kämpft in Partnerschaft mit Brot für die Welt darum, kritischen Stimmen Gehör zu verschaffen. Durch juristische Unterstützung, Forschung und politische Advocacy-Arbeit begleitet CELS Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und bringt gesellschaftliche Debatten in Politik und Öffentlichkeit ein. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Verteidigung demokratischer Freiheiten und der Aufarbeitung staatlicher Gewalt. Ziel ist es, eine inklusive Demokratie zu fördern, in der alle Menschen ihre Rechte wahrnehmen können.

In Argentinien beschreibt Paula Litvachky die Strategie der Menschenrechtsorganisation Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS), sich gegen Repressionen und Gewalt zu wehren: Mit Sichtbarkeit und Wahrheit. „Es gibt staatliche Schmierkampagnen, die die Presse und zivilgesellschaftliche Organisationen als terroristisch darstellen. Unsere Antwort darauf ist Dokumentation. Und die Sichtbarmachung von Fakten."

Auf der Projektplattform „Mapa de la Policía" sammelt die Organisation CELS, gemeinsam mit weiteren Organisationen, Beweise für Polizeigewalt: „Wir dokumentieren mit Fotos, Videos und Zeugenaussagen, wie die Polizei auf den Straßen arbeitet." Als ein Fotograf von der Polizei angeschossen wird, gelingt es ihnen, den Tathergang zu rekonstruieren und die offizielle Darstellung zu widerlegen, der zufolge die Demonstrierenden dafür verantwortlich gewesen seien. Hier wird deutlich:

Gegen Desinformation hilft nicht nur Widerspruch, sondern vor allem unwiderlegbare Fakten.

„Der Raum für die Zivilgesellschaft schrumpft. Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit und die Rechte von Minderheiten einsetzen, werden von der Regierung als Terrorist_innen gebrandmarkt“, erklärt Paula Litvachky. Die Folgen lähmen die Demokratie: Proteste werden kriminalisiert, Aktivist_innen müssen mit Inhaftierung rechnen, und es herrscht ein Klima der Angst und Selbstzensur.

CELS widerspricht Falschdarstellungen der Regierung, etwa dem Terrorismus-Vorwurf gegen soziale und indigene Bewegungen, mit Recherchen, Medienarbeit, Kampagnen und Projekten wie „Mapa de la Policía“. Auch internationale Menschenrechtsorganisationen werden informiert, um Druck auf die Regierung auszuüben.

LOKALJOURNALISMUS ALS GRASWURZEL-ANSATZ

DRAUFSICHT BAMENDA und SOLIDARITÄTSDIENST INTERNATIONAL

Draufsicht Bamenda

Draufsicht Bamenda ist ein zivilgesellschaftliches Medien- und Bildungsprojekt in Bamenda/Kamerun, das junge Menschen in journalistischer Arbeit, Medienkompetenz und demokratischer Teilhabe stärkt. In einem von Konflikten, Desinformation und gesellschaftlicher Polarisierung geprägten Umfeld schafft das Projekt Räume für Austausch, kritisches Denken und lokale Öffentlichkeit. Jugendliche lernen, faktenbasiert zu recherchieren, sensible Sprache zu verwenden und vertrauenswürdige Informationen in ihre Communitys zu tragen. Über Medienclubs an Schulen werden zudem demokratische Prozesse und gesellschaftliche Verantwortung praktisch erfahrbar gemacht. Ziel ist es, junge Menschen zu befähigen, als glaubwürdige Multiplikator_innen und lokale Führungspersönlichkeiten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen.

Wie lässt sich autoritären Tendenzen begegnen? In Kamerun setzt man auf einen Graswurzel-Ansatz. Mit Unterstützung von SODI arbeitet man daran, Menschen zu stärken, die glauben, keine Macht zu haben, sagt Godlove Dzebam. „Am Anfang unseres Projekts stand die Idee, einen Ort zu schaffen, wo sich junge Leute treffen können, um sich untereinander auszutauschen.“ In einem Kontext von Gewalt, Misstrauen und Desinformation wird Zuhören zum politischen Akt.

Als der Konflikt in Kamerun eskaliert, verändert sich das Projekt. Draufsicht Bamenda bringt jungen Menschen journalistische Skills bei, stärkt ihre Medienkompetenz und versucht, der aufpeitschenden Rhetorik der Kriegsberichterstattung etwas Eigenes entgegenzusetzen.

„Wir wollen als Lokaljournalist_innen das Vertrauen innerhalb der Community stärken, indem wir in einer Zeit des Misstrauens gegen alle

staatlichen Medien über glaubwürdige Kanäle Nachrichten verbreiten. Fakten statt Gerüchte. Sensible Sprache statt Eskalation."

Gerade dort, wo staatliche Narrative unglaubwürdig werden, entsteht so eine alternative Öffentlichkeit.

Die Arbeit beginnt in den lokalen Schulen: Dort entstehen Medienclubs, in denen nicht nur über die wahre Bedeutung von Demokratie als abstraktes Konzept diskutiert wird. Sondern auch über deren alltägliche Praxis. „Im Rahmen unseres Programms", sagt Godlove Dzebam, „führten wir interessante Gespräche rund um die Schulwahlen und darüber, wie wir Schulsprecher_innen wählen können, die sich durch ihr positives Beispiel auszeichnen."

Das Projekt zeigt Erfolg: „Wir haben junge Menschen dazu ausgebildet, inmitten einer polarisierten Gesellschaft Führungsaufgaben zu übernehmen."

Was die meisten Projekte zur Stärkung von Demokratie und Teilhabe verbindet, ist eine Haltung: Anpassung statt Rückzug. Ob durch Bündnisse, Gerichtsverfahren, internationale Netzwerke, Dokumentation oder Community-Arbeit – NRO finden Wege, handlungsfähig zu bleiben.

Oder, wie es Godlove Dzebam formuliert: „Es geht nicht nur darum, Menschen aus dem Fluss zu retten – sondern zu verhindern, dass sie überhaupt hineingeworfen werden."









In Medienklubs erlernen junge Menschen in Kamerun journalistische Skills. © Draufsicht Bamenda

EMPOWERMENT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN



OSTAFRIKANISCHE SCHÜLER_INNEN SETZEN SICH FÜR IHRE RECHTE EIN

PLAN INTERNATIONAL

Das Empowerment von Kindern und Jugendlichen beginnt oft leise – mit einer Frage, einem Gespräch, einem ersten Moment, in dem jemand merkt: Meine Stimme zählt.

Dass Kinder und Jugendliche mitreden, ist laut der UN-Kinderrechtskonvention nicht nur eine Option, sondern ein Recht:

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern." (Art. 12)

Als wirkungsvolles Instrument, Kindern dieses Recht zu sichern, erwies sich im entwicklungspolitischen Bereich die Young Citizens' Score Card (YCSC). Plan International als Trägerorganisation strukturierte dieses vorher im Erwachsenenbereich bewährte Projekt um und designte es neu für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Das Projekt ist partizipativ angelegt und wirkt geschlechtertransformativ. Es hinterfragt bestehende Geschlechterrollen und Machtverhältnisse und ermöglicht Kindern und Jugendlichen, Leitungsfunktionen zu übernehmen.

Jungen Menschen, sagt Marilena Bachmeier von Plan International, helfe das Projekt dabei, Widerstände zu überwinden. Oft würden sie von älteren Verantwortlichen nicht gehört und nicht ernst genommen. Sie hätten Schwierigkeiten, zu Entscheidungsträger_innen durchzudringen und mit ihnen eine nachhaltige Verbindung aufzubauen.

Mit Hilfe eines Bewertungsbogens – der sogenannten Young Citizens' Score Card – lernen die Jugendlichen: Welche Institutionen, welche Dienstleistungen, welche Rechte gibt es in meiner Gemeinde, in meinem Staat? Und werden sie meinen Bedürfnissen gerecht?

Die Jugendlichen können mit der Score Card Missstände identifizieren, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und gemeinsam Lösungen formulieren.





Das Projekt Young Citizens' Score Card in Kenia und Uganda stärkt die politische Teilhabe junger Menschen. © Plan International Uganda

Plan International unterstützt junge Menschen darüber hinaus durch Schulungen und Kompetenzaufbau und befähigt sie so, selbstwirksam zu handeln: Wie spricht man mit Menschen in Führungspositionen? Welche anderen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen sind mögliche Verbündete? Wie kann ich meinem Anliegen zu größerer Legitimität verhelfen?

Sowohl in Kenia als auch in Uganda liegt einer der Schwerpunkte der YCSC-Aktivitäten auf dem Recht auf Bildung. Viele junge Frauen dort müssen nach einer Schwangerschaft die Schule abbrechen. Als Teenager-Mütter werden sie stigmatisiert, ihnen fehlt das Geld, um ihren Schulabschluss zu machen.

Viele Mädchen können während ihrer Menstruation nicht am Unterricht teilnehmen. Die Jugendlichen von YCSC führen Gespräche mit den Betroffenen, um herauszufinden, welche Unterstützung sie benötigen.

Plan International

Das Projekt Young Citizens' Score Card in Kenia und Uganda stärkt die politische Teilhabe junger Menschen und fördert demokratische Rechenschaft auf lokaler Ebene. Jugendliche lernen, öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit oder kommunale Infrastruktur kritisch zu bewerten und ihre Anliegen gegenüber lokalen Behörden zu vertreten. Mit Hilfe einer Score Card decken sie Missstände auf, sammeln Daten und treten in den Dialog mit politischen Entscheidungsträger_innen. Das Projekt verbindet politische Bildung mit konkreter Mitbestimmung im Alltag und schafft Räume, in denen junge Menschen demokratische Beteiligung praktisch erfahren können. Ziel ist es, die Verantwortlichkeit staatlicher Institutionen zu stärken und junge Menschen als aktive Gestalter_innen ihrer Gesellschaft sichtbar zu machen.

Anschließend suchen sie den Dialog mit allen Beteiligten: Sie sprechen mit Lehrenden über Inklusion, mit den Eltern von jungen Müttern über deren Rechte und mit den Schulverwaltungen über mögliche Maßnahmen zur leichteren Wiedereingliederung. So wird nicht nur ein unterstützendes Umfeld geschaffen, sondern die Schulen werden auch dazu gebracht, Mahlzeiten, Hygieneartikel und saubere Toiletten zur Verfügung zu stellen.

„Viele junge Menschen kennen ihre Rechte nicht. Wir teilen die Ergebnisse der Score Cards mit ihnen und erklären, welche Rechte sie haben und welche Unterstützung sie von der Schule erhalten sollten. Außerdem zeigen wir ihnen, wie sie ihre Einrichtungen zur Rechenschaft ziehen können."

Damaris Nyahongo,
YCSC-Teilnehmerin

Genau dieser Moment steht im Mittelpunkt des Projekts. Nicht Erwachsene führen die Prozesse – sondern die jungen Menschen selbst. Ihr Fokus liegt darauf, marginalisierten Gruppen eine Stimme zu geben.

So setzen sich die Jugendlichen von YCSC dafür ein, dass Schüler_innen mit Behinderungen Rollstühle zur Verfügung gestellt werden. Und sie unterrichten junge Mütter in Handwerkstechniken wie Teppichflechten oder in Computerkursen. „Wichtig ist, dass sie ein Einkommen für sich und ihre Kinder haben und ihre Schulgebühren zahlen können." Fast noch wichtiger ist das neue Selbstverständnis, das die Schüler_innen mit Hilfe der Score Card erwerben: „Wir jungen Mütter haben Anrechte", sagt Betty Habene, YCSC-Teilnehmerin aus Uganda, „und wir haben eine Stimme."



Workshop für Kinder in Dimapur, Indien © CFCI, Child Friendly Dimapur, AMMA Integrated Development Association (AIDA)

KINDER KENNEN UND VERTEIDIGEN IHRE RECHTE IN INDIEN

DON BOSCO MONDO

Don Bosco Mondo arbeitet daran, Kinder als demokratische Verantwortungsträger_innen in der Gesellschaft zu stärken. Ein von lokalen Don-Bosco-Organisationen in Indien umgesetztes Projekt setzte dabei auf eine nachhaltige Verankerung von Kinderrechten und bezog deshalb auch das erwachsene Umfeld der Kinder ein. Die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen wurde gefördert – in dem Bewusstsein, dass sie unabhängig von ihrem Alter Träger_innen von Rechten sind.

Das Projekt hat 6.500 Kinder erreicht und sie dabei unterstützt, ihre Rechte kennenzulernen, wahrzunehmen und einzufordern. Darüber hinaus unterstützte und stärkte es Lehrende, Eltern, zivilgesellschaftliche Akteur_innen und lokale Autoritäten.

Im Rahmen des Projekts befähigten von den lokalen Partnerorganisationen geschulte und fachlich begleitete Mentor_innen-Teams Kinder dazu, ihre Rechte wahrzunehmen. Sie gründeten in den nordindischen Städten Dimapur und Shillong Kinderrechte-Clubs, organisierten kreative Beteiligungsaktionen, führten Kampagnen durch und veranstalteten einen jährlichen Kinderrechtskongress. Ergänzende Schulungen richteten sich an die gesamte Community; in beiden Städten wurden zudem zivilgesellschaftliche Foren aufgebaut.

Die Dynamik veränderte sich infolge dieser Maßnahmen grundlegend: „In unserer traditionellen Kultur sind Kinder nicht Teil des Entscheidungsprozesses und das ist seit Generationen so. Doch heutzutage sind auch die Stimmen der Kinder wichtig. Deshalb war es anfangs eine der größten Herausforderungen, die Gemeindevorstehenden davon zu überzeugen, dass wir den Kindern das Wort erteilen müssen, um zu erfahren, welche Probleme sie haben“, berichtet Deep Gurung, Projektkoordinator in Shillong.

Ergänzend wurden Kinder befähigt, eigene Umfragen durchzuführen und kinderrechtsbezogene Indikatoren zu entwickeln. Nun untersuchen in Shillong und Dimapur Kinder ihre Umgebung: Welche Orte sind unsicher, machen Angst oder stellen ein Gesundheitsrisiko dar?

„Die Kinder in unserem Trainingsprogramm“, sagt Father Joe Prabhu von Don Bosco Indien, „haben Plätze identifiziert, wo Straßenbeleuchtungen fehlen oder an denen Drogen konsumiert werden. Die kommunalen Autoritäten haben zugehört und Maßnahmen ergriffen. Das hat zu sichtbaren Verbesserungen im direkten Lebensumfeld der Kinder geführt.“

Ein anderes Beispiel ist ein Spielplatz, der zur Müllhalde geworden war. Kinder dokumentierten den Missstand, sprachen die lokalen Behörden an und engagierten sich dafür, den Spielplatz mit Hilfe der Kommune aufzuräumen, so dass er wieder seiner ursprünglichen Bestimmung zugeführt werden konnte.

Hier wird sichtbar, was Empowerment bedeutet: nicht nur gehört zu werden, sondern selbst zu handeln.

In Workshops und Austauschformaten mit Vertreter_innen aus Politik, Verwaltung, Medien, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen lernten alle Beteiligten, Verantwortlichkeiten zu klären, das Bewusstsein für Kinderrechte zu stärken und konkrete Veränderungen anzustoßen.



Workshop in Shillong, Indien © CFCI, Child Friendly Shillong, Bosco Integrated Development Society (BIDS)

Die Schulungen stellen nicht nur sicher, dass die Kinder ihre Rechte kennen, sondern ermutigen sie auch, Autoritäten wie die Polizei anzusprechen.

Der Kontakt zur Polizei ist für viele Kinder mit Unsicherheiten verbunden. Um diese Hürde abzubauen, brachte das Projekt Kinder und Polizeibeamt_innen in einem geschützten Rahmen zusammen und förderte den direkten Austausch. „Wir haben mit Unterstützung der Stadtverwaltung kinderfreundliche Bereiche in den Polizeistationen eingerichtet“, erklärt Garrol Lotha, Projektkoordinatorin in Dimapur. Dadurch konnten Berührungsängste abgebaut und Kindern niedrigschwellige Möglichkeiten eröffnet werden, Unterstützung zu suchen.

In der fachlichen Ausrichtung orientierte sich das Projekt an international anerkannten Kinderrechtsstandards, insbesondere an der UN-Kinderrechtskonvention. Ein eigenes Child Rights Manual wurde entwickelt, um Kinderrechte, Beteiligungsformate und Rollen von Akteur_innen praxisnah zu erläutern. Erfolgsgeschichten von Kindern und Jugendlichen sowie Good-Practice-Beispiele dienen als mediale Multiplikatoren und eignen sich als Fortbildungsmaterial auch für andere Organisationen.

Dabei wurden in Shillong und Dimapur nicht nur die Kinder gestärkt. Das Projekt richtete sich auch an ihr familiäres und gesellschaftliches Umfeld. So haben die Mentor_innen am Anfang viel Energie investiert, um Eltern davon zu überzeugen, ihre Kinder an den Kinderrechtsgruppen teilnehmen zu lassen. Dazu wurden Lehrende an 50 Schulen weitergebildet: Sie lernten die Rechtslage und ihre Verantwortung kennen sowie Unterrichtsmethoden, um Kindern ihr Recht auf demokratische Partizipation nahezubringen.

„Früher waren Kinder bei kommunalen Entscheidungsprozessen kaum beteiligt. Heute stehen die Kinder für ihre Anliegen auf – und ihre Ansichten werden von den Erwachsenen respektiert.“ Das berichtet Garrol Lotha. Als Projektkoordinatorin besuchte sie die Schulen regelmäßig, um über Kinderrechte aufzuklären. Durch das Projekt erwarben die Kinder viele Kompetenzen, die ihnen helfen, selbst Entscheidungen zu treffen. Auch die lokalen Verantwortungstragenden kooperieren inzwischen. Sie hätten eingesehen, dass Kinderrechte nichts Bedrohliches sind, sondern vielmehr zur Verbesserung der ganzen Gemeinschaft beitragen, sagt Garrol Lotha. Viele der Vorschläge kindergeführter Kampagnen konnten so problemlos umgesetzt werden.

„Indem wir Plattformen schaffen, auf denen Kinder ihre Meinung äußern können, leisten wir einen Beitrag zur Demokratie. Die Kinder von heute sind die Führungskräfte von morgen, und die Bildung, die sie heute erhalten, wird die Grundsätze der Demokratie weiter stärken“, erklärt Pater Joe Prabhu.

Don Bosco Mondo

Das Projekt „Stärkung der sozialen Teilhabe und Förderung der Rechte von Kindern“ von Don Bosco Mondo unterstützte benachteiligte Kinder und Jugendliche in den Städten Dimapur und Shillong im Nordosten Indiens. Im Mittelpunkt standen der Schutz von Kinderrechten, der Zugang zu Bildung sowie die soziale und psychologische Begleitung besonders vulnerabler junger Menschen – etwa Straßenkinder, Schulabbrecher_innen oder Kinder aus prekären Familienverhältnissen. Das Projekt schaffte sichere Räume, in denen Kinder Unterstützung, Beratung und neue Perspektiven erhalten. Gleichzeitig wurden junge Menschen darin bestärkt, ihre Rechte wahrzunehmen und sich aktiv in ihre Gemeinschaft einzubringen. Durch Bildungsangebote, Freizeitaktivitäten und Community-Arbeit förderte das Projekt soziale Teilhabe, Selbstvertrauen und langfristige Zukunftschancen.

ENTWICKLUNGS-POLITISCHE INLANDSARBEIT



Für viele Menschen beginnt Demokratie nicht in Parlamenten, sondern im Alltag – auf dem Schulhof, auf dem Wochenmarkt oder im Gespräch mit Nachbar_innen. Genau dort, also auf der Graswurzelebene, setzen zahlreiche entwicklungspolitische Organisationen an, um demokratische Werte erfahrbar zu machen und Menschen zur aktiven Teilhabe zu befähigen.

„Demokratie ist kein System, das einfach gelehrt werden kann, sondern eine Praxis, die erfahren werden muss." Das schreibt der niederländische Bildungstheoretiker Gert Biesta in *Learning Democracy in School and Society* (2011).

Die entwicklungspolitische Inlandsarbeit umfasst verschiedene Konzepte und Handlungsfelder, darunter die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Globales Lernen, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie entwicklungspolitisches Engagement. Diese Ansätze machen globale Zusammenhänge, Ungleichheit, Machtverhältnisse und Fragen globaler Gerechtigkeit verständlich und befähigen Menschen zu verantwortungsvollem Handeln. Wer globale Ungleichheit, Menschenrechte, Klimafragen oder Machtverhältnisse besser versteht, kann demokratische Entscheidungen kritischer mittragen und mitgestalten.

Dabei wird Demokratie nicht nur theoretisch vermittelt, sondern durch Beteiligung, Perspektivwechsel und die Möglichkeit zum gemeinsamen Handeln konkret erfahrbar gemacht, wie die folgenden Beispiele zeigen. Die beschriebenen Projekte zielen nicht nur darauf ab, Wissen über globale Zusammenhänge zu vermitteln, sondern sie fördern auch die Fähigkeit zur kritischen Reflexion und zur demokratischen Mitgestaltung. Genau darin liegt ihr Beitrag zur demokratischen Resilienz: Menschen lernen durch alltagsnahe Erfahrungen, komplexe gesellschaftliche Herausforderungen einzuordnen, unterschiedliche Perspektiven auszuhalten und daraus gemeinschaftliches Handeln abzuleiten.



„Entwicklungspolitische Inlandsarbeit hat passende Werkzeuge, um in Zeiten globaler Krisen den Versuchen gesellschaftlicher Spaltung und Entsolidarisierung entgegenzuwirken", sagt Klaas Friemel Janowsky, Projektleitung beim Eine Welt Netz NRW. Und diese werden aktuell dringend benötigt. Denn auch in Deutschland zeigen sich die Auswirkungen sozialer und politischer Spaltungen stark. Autoritätsorientierte Tendenzen, die mit einfachen Antworten auf komplexe Sachverhalte reagieren und differenzierte Zusammenhänge außer Acht lassen, verbreiten sich schnell und sind äußerst gefährlich. Es braucht ein umfassendes Verständnis der Auswirkungen dieser Tendenzen, um ein Umdenken hin zur Demokratiebefürwortung zu ermöglichen.

Gleichzeitig ist es wichtig zu verstehen, dass unsere Demokratie in Deutschland nicht nur als nationales Phänomen betrachtet werden kann, sondern in Zusammenhang mit Demokratiebewegungen weltweit steht. Nur wenn demokratische Staaten international zusammenarbeiten, kann die Umsetzung der Menschenrechte und Nachhaltigkeitsziele weltweit gesichert werden.



Straßenaktion in Steinfurt © Eine Welt Netz NRW

DEMOKRATIE WELTWEIT GESTALTEN

EINE WELT NETZ NRW

Mit Kunst, Straßentheater und Musik arbeitet das Projekt „Demokratie weltweit gestalten“ des Eine Welt Netz NRW. So wird etwa auf einem Wochenmarkt in Steinfurt eine scheinbar einfache Trommelaktion zur eindrücklichen pädagogischen Botschaft: Zunächst entsteht ein vielfältiger, lebendiger Rhythmus, bis eine Person mit einer Trillerpfeife eingreift und alle zum Gleichklang zwingt. Die Szene wirkt plötzlich monoton und kontrolliert. Erst als Einzelne beginnen, aus dem Takt auszubrechen und ihre eigenen Stimmen zu erheben, kehrt Vielfalt zurück. Begleitet wird dies von Aussagen wie: „Wir nutzen unsere Stimme für die Demokratie.“ Klaas Friemel Janowsky vom Eine Welt Netz NRW erklärt, dass man mit solchen sinnlichen Erfahrungen an die Lebensrealitäten der Menschen anknüpfen möchte:

„Performative Interventionen führen direkt zu Gesprächen mit Passant_innen: Warum ist Vielfalt wichtig? Was passiert, wenn Stimmen unterdrückt werden? Die Aktion macht erfahrbar, was demokratische Prinzipien im Kern ausmacht – und lädt dazu ein, die eigene Rolle darin zu reflektieren.“

Ergänzt wird dies durch künstlerische Installationen und Dialogformate, etwa Diskussionen mit internationalen Partner_innen über gesellschaftliche Werte wie Solidarität, Zusammenhalt und Teilhabe.

Auf die Straßenaktion in Steinfurt folgte eine öffentliche Diskussion mit dem Bürgermeister der Stadt. „Wir haben über Nachhaltigkeit vor Ort geredet, über demokratisches Zusammenleben und wie sich Bürger_innen bei lokalen Entscheidungsprozessen einbringen können“, sagt Klaas Friemel Janowsky.

In weiteren Gesprächsformaten erklärte eine Kollegin aus dem Senegal afrikanische Gesellschaftskonzepte wie Ubuntu und Teranga, Konzepte die auf Gastfreundschaft, Nächstenliebe und gesellschaftlichen Zusammenhalt basieren, und zeigte auf, was die Menschen in Steinfurt davon lernen können.

Solche Beispiele zeigen:

Demokratieförderung gelingt besonders dort, wo Menschen nicht nur informiert, sondern aktiv einbezogen werden. Wo sie eigene Erfahrungen machen, Fragen stellen und ihre Perspektiven einbringen können.

Dabei wird deutlich, dass Demokratie kein statischer Zustand ist, sondern ein fortlaufender Prozess.

In einer Zeit, in der autoritäre Tendenzen und gesellschaftliche Polarisierung weltweit zunehmen, kommt der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit an der Basis eine besondere Bedeutung zu. Sie stärkt das Bewusstsein für globale Zusammenhänge, fördert Dialog und Perspektivwechsel – und ermutigt Menschen, ihre eigene Stimme zu nutzen. Denn Demokratie lebt davon, dass Menschen sie aktiv gestalten.

Eine Welt Netz NRW

Das Projekt „Demokratie weltweit gestalten“ des Eine Welt Netz NRW verbindet globale Gerechtigkeit mit Demokratiebildung in Nordrhein-Westfalen. Durch Bildungsangebote, Workshops und Dialogformate setzt sich das Netzwerk mit Fragen von Menschenrechten, gesellschaftlicher Teilhabe und demokratischen Handlungsmöglichkeiten auseinander. Dabei werden globale Perspektiven einbezogen und globale Zusammenhänge wie Ungleichheit, Klimakrise oder Diskriminierung sichtbar gemacht. Ziel ist es, Menschen zu ermutigen, sich aktiv für eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft einzusetzen. Das Projekt stärkt insbesondere zivilgesellschaftliches Engagement und fördert den Austausch zwischen lokalen Initiativen und internationalen Partner_innen.



LOKALE MITSPRACHE UND GLOBALE GERECHTIGKEIT

EINE WELT NETZWERK THÜRINGEN

Wenn in Thüringen heute Kinder über Klimagerechtigkeit, globale Ungleichheit oder fairen Handel diskutieren, stecken oft die Thüringer Entwicklungspolitischen Bildungstage (thebit) dahinter. Seit über 30 Jahren vermittelt das Projekt des Eine Welt Netzwerk Thüringen Referierende, die globale Themen greifbar und lebensnah vermitteln, an Schulen und Jugendgruppen. In Workshops und bei Projekttagen lernen junge Menschen Perspektiven aus anderen Teilen der Welt kennen – und beginnen zu verstehen, wie eng ihr eigener Alltag mit globalen Fragen verbunden ist.

Im Vorfeld der Landtagswahlen 2024 stellte das Eine Welt Netzwerk Thüringen (EWNT) im Rahmen der Kampagne „Von Thüringen bis Taiwan: 2024 wählt die Welt“ bewusst die Verbindung zwischen globaler Gerechtigkeit und lokaler Demokratie in den Mittelpunkt. Franziska Weiland, Geschäftsführerin des Thüringer Landesnetzwerks, sagt, beides hänge enger zusammen, als vielen bewusst sei: „Wir zeigen, dass in Thüringen nicht nur rechtsextremistische Tendenzen auf dem Vormarsch sind, sondern es auch eine starke demokratische Zivilgesellschaft gibt. Eine Zivilgesellschaft, die solidarisch mit Partner_innen weltweit ist.“



© Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V.

Statt auf klassische Wissensvermittlung zu setzen, entschied sich das Netzwerk bewusst für eine Social-Media-Kampagne, um politische Entwicklungen in unterschiedlichen Ländern weltweit und in Thüringen sichtbar zu machen und gleichzeitig entwicklungspolitische Inhalte zur Landtagswahl zu akzentuieren. Dafür erarbeitete das Netzwerk gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen Statements und sammelte Stimmen. Das Besondere an der Kampagne war, dass sie Bildungs- und Kampagnenarbeit im Sinne des „Global Citizenship Education“-Ansatzes – ein Bildungskonzept zu globaler Mitverantwortung und Teilhabe – verband und die in Workshops erarbeiteten Ergebnisse

direkt in die Kampagne flossen. Die Social-Media-Kampagne wurde begleitet von Informationsständen auf Großveranstaltungen wie der Fête de la Musique oder dem Thüringentag bis hin zu einer Fachveranstaltung in Leipzig. Ein weiterer wertvoller Bestandteil der Kampagne war der internationale Austausch. Im Rahmen von „Democracy Dialogues“ kamen Akteur_innen aus Deutschland mit Partnerorganisationen ins Gespräch, die ebenfalls mit autoritären Tendenzen in ihren Ländern zu kämpfen haben. Die Botschaft war dabei eindeutig: Wir können und müssen viel voneinander lernen, um handlungsfähig zu bleiben.

Alle Aktivitäten waren eng auf die politische Situation in Thüringen zugeschnitten. Rund um die Wahlen im Jahr 2024 waren dort zahlreiche zivilgesellschaftliche Bündnisse aktiv, um demokratische Werte zu stärken und sich für Weltoffenheit einzusetzen.

Das Landesnetzwerk war zusammen mit der Initiative #Nordhausenzusammen einer der entscheidenden Impulsgeber für die Gründung des Bündnisses „Weltoffenes Thüringen“. Damit war das Ziel verbunden, entwicklungspolitische Perspektiven in die laufenden Debatten einzubringen – und damit eine oft übersehene Dimension sichtbar zu machen: die Verbindung von Demokratie und global nachhaltiger Entwicklung.

Leitfragen des neu gegründeten Bündnisses waren: Welche Bedeutung haben Wahlen und Demokratie weltweit? Welche Handlungsoptionen für Weltoffenheit haben wir, und wie können wir selbstwirksam sein? Was bedeutet Weltoffenheit für uns in Thüringen, um gegen rechtsextreme Narrative gewappnet zu sein?

Eine Welt Netzwerk Thüringen

Das Eine Welt Netzwerk Thüringen (EWNT) ist das entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Thüringen und vernetzt seit 2005 über 40 Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die sich für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung engagieren. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt auf Globalem Lernen, Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Global Citizenship Education. Mit Projekten wie „thebit“, „Bildung trifft Entwicklung“ oder „DCYDE!“ schafft das Netzwerk Bildungsangebote für Schulen, Jugendgruppen und zivilgesellschaftliche Akteur_innen. Gleichzeitig unterstützt das EWNT Vereine durch Beratung, Fortbildungen und politische Vernetzung. Ziel ist es, globale Zusammenhänge sichtbar zu machen, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und Menschen zu ermutigen, sich aktiv für eine solidarische und demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)

Die agl ist der Zusammenschluss der 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland. Sie wurde 1999 gegründet, um die vielen entwicklungspolitischen Vereine und Initiativen vor Ort bei ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement zu unterstützen und die Strukturen der Eine Welt-Arbeit zu stärken. Mit ihren 16 Mitgliedern – den Eine Welt-Landesnetzwerken – setzt sich die agl für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung ein, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt im Bereich Bildung mit dem Fokus auf Globalem Lernen.

DEMOKRATIE BRAUCHT TEILHABE

AKTION GEGEN DEN HUNGER

Wenn sich Schüler_innen in Deutschland mit globalem Hunger beschäftigen, stoßen sie schnell auf grundlegende Fragen der Gerechtigkeit: Warum haben manche Menschen nicht genug zu essen? Welche Rolle spielen dabei der Klimawandel, Konflikte oder soziale Ungleichheit? Die Bildungsarbeit von Aktion gegen den Hunger greift diese Zusammenhänge gezielt auf. Mit ihrem Schulprogramm erreicht die Organisation jährlich mehr als 30.000 Kinder und Jugendliche und vermittelt, dass Hunger kein isoliertes Problem ist, sondern eng mit politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen zusammenhängt.

Aktion gegen den Hunger

Aktion gegen den Hunger ist eine humanitäre und entwicklungspolitische Hilfsorganisation, die weltweit in 54 Ländern und Regionen aktiv ist und rund 21,2 Millionen Menschen unterstützt. Seit mehr als 45 Jahren kämpft die Organisation gegen Mangelernährung und schafft Zugang zu sauberem Wasser und gesundheitlicher Versorgung. 7.122 Mitarbeiter_innen leisten Nothilfe und unterstützen Menschen beim Aufbau nachhaltiger Lebensgrundlagen.

Im Mittelpunkt der Unterrichtseinheiten stehen die Fragen: Welche Rolle spielen strukturelle Ungleichheiten in Bezug auf Hunger? Wie hängen Klimagerechtigkeit und Hunger zusammen? Ist Hunger je nach Geschlecht unterschiedlich ausgeprägt? Durch eigene Spendenaktionen verbinden die Schüler_innen das Gelernte mit praktischem Engagement und erleben, dass gemeinsames Handeln konkrete Wirkung entfalten kann.

„Wir bringen verschiedene Perspektiven zusammen und möchten ein vertieftes Verständnis globaler Zusammenhänge fördern“, sagt Anna Kristina Bauerreiß von Aktion gegen den Hunger. Dafür können Lehrkräfte aus unterschiedlichen Bildungsmodulen mit Videos und anschaulichen Materialien für verschiedene Altersstufen wählen. Alle Formate entsprechen den Prinzipien der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und können sowohl in Präsenz als auch digital umgesetzt werden.

Das Projekt Schulen gegen den Hunger fördert Demokratiebildung, indem es das Interesse an globalen und entwicklungspolitischen Zusammenhängen stärkt und junge Menschen dazu motiviert, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Anhand von Beispielen aus der humanitären und entwicklungspolitischen Praxis fördert es Kompetenzen wie kritisches Denken, Perspektivwechsel und die Reflexion über globale Gerechtigkeit. Zudem legt das Programm einen Fokus auf Lösungsansätze und auf die Resilienz von Gemeinschaften. Es zeigt auf globaler und lokaler Ebene, wie gemeinsames Handeln gesellschaftliche Herausforderungen positiv beeinflussen kann. Über die inhaltliche Bildungsarbeit hinaus bezieht das Team die Schüler_innen zunehmend auch in die Organisation der Schulbesuche ein, zum Beispiel über die Schüler_innenvertretung oder Klassenräte, – immer unter dem Motto: „Lernen, bewegen, verändern!“

GENDER UND GERECHTIGKEIT



Ohne die aktive Einbindung und Stärkung von Frauen bleibt Demokratie unvollständig. Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung sind Menschenrechte und Voraussetzungen für die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft.

Sexismus und Diskriminierung sind Mechanismen, die gesellschaftliche Machtungleichheiten aufrechterhalten. Oft steht dabei der Kampf um begrenzte Ressourcen im Mittelpunkt. Für strukturelle Veränderungen braucht es transformative feministische Ansätze auf verschiedenen Ebenen: von der individuellen Förderung der Beteiligten über die Bildungsarbeit für die Gesamtbevölkerung bis hin zur Stärkung der Repräsentation von Frauen in gesellschaftspolitischen Diskursen.

All dies lässt sich in der von Fairtrade Deutschland initiierten Women's School of Leadership in Côte d'Ivoire und Kenia erkennen. Ihr Ziel ist die nachhaltige Transformation von Gender-Ungerechtigkeit.

WENN FRAUEN IHR SCHWEIGEN BRECHEN

FAIRTRADE AFRICA und FAIRTRADE DEUTSCHLAND

Wie es sich anfühlt, zum ersten Mal in der Öffentlichkeit das Wort zu ergreifen: Salimata Diakite kann davon eine Geschichte erzählen. Die Kakaobäuerin arbeitet in ihrem Dorf in Côte d'Ivoire täglich hart, um eine gute Ernte zu sichern. Wie die anderen Frauen pflanzt und pflegt sie die Kakaobäume, erntet, fermentiert und trocknet die Kakaobohnen – ihre Hände sind an jedem der Produktionsprozesse beteiligt. Und doch gehört ihr am Ende nichts davon.

„Frauen machen alles, bis der Kakao getrocknet ist. Aber die Männer nehmen ihn, verkaufen ihn und sind den Frauen gegenüber nicht rechenschaftspflichtig." Diese Erfahrung ist nicht auf Salimata Diakite beschränkt; sie ist vielmehr ein strukturelles Muster: Frauen leisten den Großteil der Arbeit im Kakaoanbau – etwa 68 Prozent –, erhalten aber nur einen Bruchteil des Einkommens. Viele von ihnen leben von weniger als 30 Cent am Tag. Ihre Arbeit erfährt gesellschaftlich wenig Anerkennung. Dabei beginnt die Ungerechtigkeit lange vor der Ernte.

Land wird vererbt, jedoch selten an Töchter. Wer kein Land besitzt, erhält nur schwer Zugang zu Krediten und Förderprogrammen. Dieser Kreislauf schließt Frauen systematisch von Ressourcen, Entscheidungen und Chancen aus. Landrechte sind grundlegend für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe.

Als Salimata Diakite zum ersten Mal an dem Programm der Women's School of Leadership teilnimmt, ist sie unsicher. Sprechen vor anderen? Eigene Ideen äußern? Das war bisher nicht ihre Rolle.

In den Workshops geht es nicht nur um Landwirtschaft. Es geht um Selbstvertrauen, um Rechte, um die Frage: Was will ich eigentlich? Welche Rechte habe ich? Und wie kann ich sie vor anderen einfordern?



Awareness-Session im Rahmen des Women's School of Leadership Projekts in Côte d'Ivoire. © Fairtrade Africa

„Die Women's School of Leadership", erklärt Bettina von Reden von Fairtrade Deutschland, „arbeitet mit einem einfachen, aber wirkungsvollen Prinzip: Wissen wird weitergegeben. Frauen, die ausgebildet wurden, tragen ihre Erfahrungen in ihre Gemeinden. So entsteht ein Netzwerk von Veränderung – von unten, getragen von den Betroffenen selbst."

Am Ende des Jahres erhalten die Frauen bei einer Abschlussfeier Zertifikate. Auch Vertreter_innen aus Gemeinde und Politik sind anwesend. Dieser Moment, sagt Bettina von Reden, habe auch eine politische Dimension: „Die Diplomfeier im Beisein der Gemeinde macht sichtbar, was lange unsichtbar war: Frauen sind nicht nur Arbeitskräfte. Sie sind Führungspersönlichkeiten."

Heute schweigt Salimata Diakite nicht mehr. Sie hat ein Jahr lang Kurse in der Women's School of Leadership besucht – und gelernt, wie sich Frauen in lokalen Gremien einbringen, Konflikte schlichten, als Multiplikator_innen dienen können:

„Ich verbringe viel Zeit damit, mit jungen Mädchen zu sprechen. Ich sage ihnen: Lasst euch nicht von Männern kleinmachen. Ich stoße auf Widerstand, aber wir reden – und ich schaffe es, die Menschen zu überzeugen. Ich sage ihnen: Wenn wir Frauen stärken, hilft das allen."

Ihre Worte zeigen: Politische Bildung und Leadership-Trainings können Frauen darin bestärken, ihre Stimme zu erheben und aktiv zur Veränderung sozialer Normen und lokaler Machtverhältnisse beizutragen. Veränderung beginnt nicht mit Gesetzen, sondern mit dem Bewusstsein, dass die eigene Stimme zählt.

Ökonomische Unabhängigkeit bedeutet Freiheit

Ein zentraler Aspekt der Gleichberechtigung der Bäuerinnen ist die wirtschaftliche Dimension.

Durch Unterstützung bei einkommensschaffenden Aktivitäten – kleinen Geschäften, Tierzucht oder dem Anbau zusätzlicher landwirtschaftlicher Produkte – gewinnen Frauen finanzielle Unabhängigkeit.

Das verändert auch familiäre und gesellschaftliche Macht- und Entscheidungsdynamiken: Wenn Frauen zum Einkommen beitragen, verbessert sich die Situation der gesamten Familie. Oft wächst damit auch die Akzeptanz ihrer neuen Rolle als Verantwortungsträgerin und als Frau, die im eigenen Haushalt nicht mehr mittel- und machtlos dasteht.

FAIRTRADE AFRICA und FAIRTRADE DEUTSCHLAND

Die Women's School of Leadership in Côte d'Ivoire und Ghana stärkt Frauen in Fairtrade-zertifizierten Kooperativen darin, Führungsrollen in ihren Dörfern, Kooperativen und lokalen Entscheidungsstrukturen zu übernehmen. In Workshops und Trainings erwerben die Teilnehmerinnen Kenntnisse zu Frauenrechten, Konfliktlösung, politischer Teilhabe und wirtschaftlicher Selbstorganisation. Das Projekt unterstützt Frauen dabei, selbstbewusst öffentlich aufzutreten und sich aktiv in Gemeinschaftsprozesse einzubringen. Gleichzeitig werden traditionelle Rollenbilder hinterfragt und der Dialog mit Männern und lokalen Autoritäten gefördert. Ziel ist es, langfristig mehr Geschlechtergerechtigkeit, soziale Teilhabe und demokratische Mitbestimmung in den Gemeinden zu erreichen.

Ehui Edith Laure Kouamé, ebenfalls eine Teilnehmerin der Women's School of Leadership, wusste als alleinerziehende Mutter oft nicht, wie sie die nächste Mahlzeit finanzieren sollte. „Früher habe ich mich versteckt und geweint, weil ich mir nicht leisten konnte, was ich brauchte."

In der Women's School of Leadership erwerben Kakaobäuerinnen wie Ehui Edith Laure Kouamé Fähigkeiten, mit denen sie ein zusätzliches Einkommen erzielen können. Heute baut sie Gemüse an, verkauft Erdnussbutter und betreibt ein kleines Taxiunternehmen. Auf ihrem eigenen Feld organisiert sie Schulungen für andere Frauen – eine Art informelle Farm-Schule.

Dort zeigt sie, wie sich neue Einkommensquellen erschließen lassen: durch Gemüse, Obstbäume und zusätzliche Produkte – nicht nur, um das Einkommen zu steigern, sondern auch für eine nachhaltigere Landwirtschaft.

„Jetzt fühle ich mich finanziell sicher und kann besser mit den schwankenden Kakaopreisen umgehen."

Ehui Edith Laure Kouamé, WSOL-Teilnehmerin

Was hier sichtbar wird, ist mehr als ein individuelles Erfolgserlebnis. Es ist ein Bruch mit einem System, das Frauen ökonomisch abhängig hält.

Veränderung braucht die Einbeziehung aller

Ein entscheidender Moment im Programm ist die Einbeziehung und Weiterbildung von Männern. Als „Gender Champions" setzen sie sich für Geschlechtergerechtigkeit ein, indem sie Frauen zur Seite stehen und sie ermutigen, sich zu äußern.

Wenn sich Machtverhältnisse verschieben, entstehen Spannungen. Doch die Schulung zu „Gender Champions“ bricht mit Vorurteilen. Bettina von Reden hält die „Gender Champions“ für einen wesentlichen Erfolgsfaktor der Women's School of Leadership.

Nicht allen Männern gefällt die neue Macht der Frauen und manche Spannungen sind nicht ganz zu vermeiden. Doch wenn Männer über die Zusammenhänge zwischen Frauen-Empowerment und Wohlstand informiert sind, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie die Stärkung von Frauen akzeptieren.

Warum? Weil die Veränderung nicht als Verlust, sondern als Gewinn sichtbar wird. Wenn Frauen ein eigenes Einkommen haben, profitieren ganze Familien. Wenn sie Entscheidungen mitgestalten, werden Gemeinschaften stabiler.

Von der persönlichen zur gesellschaftlichen Veränderung

Die Veränderungen bleiben nicht auf einzelne Familien beschränkt. Die Women's School of Leadership, erklärt Bettina von Reden, „packt an der Wurzel dessen an, was Demokratie ausmacht: Sie befähigt Menschen, sich als politische Subjekte zu begreifen.“

Durch ein Kaskadensystem, in dem die ausgebildeten Frauen jeweils wiederum selbst zu Ausbilderinnen werden, tragen die Teilnehmerinnen ihr Wissen in ihre Gemeinden weiter. So wurden bereits tausende Frauen erreicht – und mit ihnen ganze Gemeinschaften.

Einige Frauen übernehmen Führungsrollen in ihren Gemeinden. Andere werden in lokale Parlamente gewählt, sprechen auf internationalen Bühnen, leiten Kooperativen oder gründen eigene Medien. Eine Absolventin gründete einen Radiosender, um über Frauenrechte und den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu sprechen. Die Geschichten von Salimata Diakite und Ehui Edith Laure Kouamé zeigen, wie individuelles Empowerment mit gesellschaftlicher Transformation einhergehen kann.

Bettina von Reden sieht das Ganze als langsamen, miteinander verzahnten Prozess: Die Absolventinnen der Women's School of Leadership ändern das Frauenbild in der Gesellschaft. Das geht nicht von heute auf morgen. Dafür ist die Einbindung der ganzen Gemeinde – also auch der Männer, von den Gender Champions bis zu den politisch Verantwortlichen – entscheidend für die Nachhaltigkeit dieses strukturellen Umbaus.

Gendergerechtigkeit bedeutet nicht nur gleiche Rechte auf dem Papier, sondern auch die Möglichkeit und die Macht, diese Rechte tatsächlich zu nutzen.



© Fairtrade Africa

RECHTE MARGINALISIERTER GRUPPEN



TEILHABE INDIGENER GEMEINSCHAFTEN

CENTRO PARA LA ACCIÓN LEGAL EN DERECHOS HUMANOS (CALDH) und ROMERO INITIATIVE

„Früher dachten wir, unsere Stimme zählt nicht", sagt Odelma Pastor Ajanel, eine Maya-Frau aus Guatemala. Es ist eine Erfahrung, die sie mit Angehörigen indigener Gemeinschaften in ganz Mittel- und Südamerika teilt. Menschenrechtsorganisationen wie CELS in Argentinien oder INREDH in Ecuador zeigen, dass der Einsatz für indigene Rechte untrennbar mit dem Kampf für gesellschaftliche Mitsprache und ein faires Justizsystem zusammenhängt.

Im Hochland von Guatemala ist die Erfahrung von Ausschluss für viele eine Konstante in ihrem Leben. Janeth Revolorio ist Direktorin von Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos (CALDH), einer lokalen Organisation zum Schutz indigener Rechte in Partnerschaft mit der Romero Initiative. Sie spricht von einer Justiz, die Bürger_innen bedroht, anstatt sie zu schützen:

„Guatemala lebt in einem Kontext, der geprägt ist von selektiver Justizverfolgung und Kriminalisierung gegenüber Menschenrechtsverteidiger_innen, Journalist_innen und unabhängigen Justizakteur_innen."

Für indigene Gemeinschaften bedeutet das: Wer seine Rechte einfordert, riskiert Repression.

Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos (CALDH)

CALDH setzt sich in Guatemala für Menschenrechte, historische Aufarbeitung und demokratische Teilhabe ein. Die Organisation begleitet Opfer von Menschenrechtsverletzungen und engagiert sich insbesondere für die Rechte indigener Gemeinschaften und Überlebender des Bürgerkriegs. Durch juristische Arbeit, Bildungsprogramme und politische Advocacy-Arbeit kämpft CALDH gegen Straflosigkeit und für den Zugang zu Gerechtigkeit. Ein wichtiger Schwerpunkt liegt auf der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung von Gewaltverbrechen während der Militärdiktatur. Ziel der Organisation ist es, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit in Guatemala langfristig zu stärken.

Die aktuellen Konflikte zwischen indigenen Gemeinschaften und der Regierung in Guatemala sind eng mit der politischen Krise der letzten Jahre verknüpft. Besonders sichtbar wurden sie nach den Wahlen 2023, als Teile von Justiz und Staatsanwaltschaft versuchten, das Ergebnis zu delegitimieren. Daraufhin organisierten indigene Autoritäten, etwa aus Totonicapán, landesweite Proteste und Straßenblockaden, um demokratische Prozesse zu verteidigen.

Dafür rächen sich nun die beklagten Institutionen: Bis heute werden führende indigene Vertreter_innen kriminalisiert, einige von ihnen wurden verhaftet oder juristisch verfolgt. Viele Communitys sehen darin eine gezielte Repression durch alte Machteliten, die ihre Privilegien sichern wollen.



Festival für Erinnerung und Jugend © CALDH

Gegenspielerin der Indigenen ist dabei nicht die Regierung als solche. Der Konflikt verläuft zwischen indigenen Bewegungen und einflussreichen Netzwerken innerhalb von Justiz, Politik und Wirtschaft.

Die Regierung von Präsident Bernardo Arévalo bemüht sich zwar um Dialog und hat erstmals indigene Autoritäten stärker eingebunden. Ihr Handlungsraum ist jedoch begrenzt, da zentrale Institutionen weiterhin von konservativen Kräften geprägt sind. Dadurch bleibt die Situation widersprüchlich: politische Öffnung einerseits, fortgesetzte Repression andererseits.

Parallel bestehen weiterhin klassische Konflikte um Land und Ressourcen. Indigene Gemeinden wehren sich gegen Bergbau-, Energie- und Infrastrukturprojekte, die oft ohne ihre Zustimmung umgesetzt werden und ihre Lebensgrundlagen bedrohen.

CALDH organisiert Widerstand dagegen auf politischer, juristischer und sozialer Ebene. Dazu gehören der Wissensaustausch zwischen den indigenen Communitys, die Bewusstmachung des eigenen geschichtlichen Erbes und die Förderung gesellschaftlicher Mitspracherechte.

Eingeschränkte Handlungsräume

Odelma Pastor Ajanel kennt diese Realität aus eigener Erfahrung. Sie lebt an der Südküste Guatemalas, in einer Gemeinde, die vom Bürgerkrieg, von Vertreibung und vom langen Kampf um Anerkennung geprägt ist. Schon früh engagierte sie sich in Frauengruppen. Traditionelle Machtstrukturen bestimmen jedoch, wer sprechen darf – und wer nicht.

„Die Möglichkeiten zur Projektarbeit in meiner Gemeinde werden immer mehr eingeschränkt.

Wir müssen gegen die Gemeinderäte kämpfen, die oft die Räume schließen, wenn ihnen nicht gefällt, was wir tun."

Schule des Wissensaustauschs

Als Odelma Pastor Ajanel an der Schule des Wissensaustauschs von CALDH teilnimmt, trifft sie Menschen aus anderen Regionen, die ähnliche Erfahrungen gemacht und ähnliche Kämpfe durchgestanden haben.

Indigene Führungspersonen, Frauen und Jugendliche kommen zusammen, um über Unterdrückung, Menschenrechte und Demokratie zu sprechen. „Wir waren sehr isoliert und allein. Die Schule hat uns die Vernetzung mit anderen Organisationen ermöglicht. Jetzt können wir mit den Compañeras aus der ganzen Region interagieren."

Das ermöglicht die Organisation von Aktionen mit größerer Wirkung und Reichweite. Außerdem tragen die Teilnehmenden ihre persönlichen Erlebnisse aus dreieinhalb Jahrzehnten Bürgerkrieg in Guatemala zusammen – um zu erkennen, dass sie alle eine gemeinsame Geschichte teilen.

Die Teilnehmenden tragen ihr Wissen anschließend zurück in ihre Gemeinden: Sie organisieren Workshops mit Jugendlichen, sprechen in Community-Radios, organisieren Gedenkveranstaltungen und entwickeln gemeinsame politische Positionen.

Auch Odelma Pastor Ajanel plant konkrete Schritte: Sie möchte mit dem Wissen, das an der Schule geteilt wurde, Workshops mit Jugendlichen durchführen. Ihr Frauenkomitee hat sich inzwischen autonom organisiert und kann so unabhängig von den Gemeinderäten handeln.

Die vielleicht tiefgreifendste Veränderung, die sie von der Schule des Wissens mitnahm, ist das Wissen um eine überregionale und internationale Solidarität.

Strategien für Handlungsfähigkeit trotz Repressionen

Die Arbeit von CALDH in Guatemala findet unter schwierigen Bedingungen statt. Organisationen, die sich für die Rechte indigener Communitys einsetzen, werden oft kriminalisiert und juristisch verfolgt. Sie können sich kaum auf den Rechtsstaat verlassen.

Janeth Revolorio beklagt den mangelnden politischen Willen, Übergriffe zu untersuchen. Hinzu kommt die Beschränkung der internationalen Zusammenarbeit. Die Regierung errichtet immer neue bürokratische Hindernisse. Der Rückgang der internationalen Unterstützung gefährdet zudem eine langfristige Finanzierung der eigenen Projekte.

CALDH versucht diese Bedrohungen durch einen integrierten Ansatz mit drei Pfeilern zu kontern:

- Bildungsarbeit
- Schutzmechanismen
- internationale Vernetzung

Neben dem Wissensaustausch umfasst dieser Ansatz auch die juristische Begleitung von Angeklagten. Darüber hinaus werden Schutzmechanismen für die digitale und physische Sicherheit des eigenen Teams und der Partnerorganisationen entwickelt.

Hinzu kommt die Stärkung lokaler und internationaler Solidaritätsnetzwerke. Sie reichen von indigenen Gemeinschaften und Autoritäten bis zu Menschenrechtsorganisationen und internationalen Instanzen.



Kundgebung zum Jahrestag der Vertreibung indigener Familien aus der Gemeinde Chicoyogüito © CALDH

Politische Handlungsräume durch kollektives Wissen erschließen

Zur gemeinsamen Geschichte der indigenen Communitys gehört auch das territoriale, historische und ancestrale – von den Vorfahren überlieferte – Wissen. Doch wie lässt sich daraus politisches Handeln entwickeln?

Hier setzt der Bildungsansatz der Schule des Wissensaustausches an. Er zielt darauf ab, die politische Handlungsfähigkeit zu stärken und die Beteiligung indigener Gemeinschaften an lokalen Entscheidungsprozessen, zum Beispiel durch indigene Gemeindeverwaltungen, zu fördern.

Früher glaubte Odelma Pastor Ajanel, Veränderung komme von oben, vom Präsidenten oder einzelnen Personen.

„Inzwischen habe ich gelernt: Die wirkliche Macht liegt im Parlament. Und wir können Veränderungen erreichen, indem wir die Abgeordneten für unsere Anliegen gewinnen."

Wegen der anhaltenden Repressionen bleibt der Handlungsraum für indigene Gemeinschaften in Guatemala umkämpft. Doch die Beispiele zeigen: Zivilgesellschaftliches Engagement passt sich nicht nur an – es entwickelt neue Strategien, schafft eigene Räume und stärkt kollektive Handlungsfähigkeit und Teilhabe.

KAMPF FÜR QUEERE FREIRÄUME

MAWJOUDIN und LSVD⁺ – VERBAND FÜR QUEERE VIELFALT

Als Hedy (Name geändert) das Theater betritt, in dem an diesem Abend das Stück „Flagranti“ aufgeführt werden soll, ist nichts selbstverständlich. Der Raum ist sorgfältig gewählt, geschützt, fast unscheinbar. Draußen bleibt die Realität eines Landes, in dem queeres Leben oft unsichtbar bleiben muss und in dem Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International einen alarmierenden Rückschritt bei den Rechten der LSBTIAQ+-Community konstatieren. Drinnen beginnt ein anderes Tunesien – für ein paar Stunden.

Hedy ist Aktivist bei Mawjoudin, einer Organisation, die 2014 aus kleinen Workshops entstand. „Wir haben angefangen mit Aufklärungsarbeit – über die rechtliche Situation, über sexuelle und mentale Gesundheit, über Identität“, erzählt Hedy. Heute ist daraus ein Netzwerk geworden, das nicht nur aufklärt, sondern schützt, unterstützt und sichtbar macht.

„Demokratie ist dann am stärksten, wenn sie die Rechte derjenigen schützt, die am stärksten gefährdet sind“, schreibt Judith Butler in ihrem Buch Undoing Gender (2004). Queere Rechte seien deshalb ein zuverlässiger Demokratie-Indikator. Ihr Schutz zeige, ob ein Staat Minderheiten schützt, Rechtsstaatlichkeit garantiert und echte Teilhabe ermöglicht – und ob queere Menschen deshalb ohne Angst in der Öffentlichkeit agieren können.

Dabei hat Hedy eine erhöhte Sichtbarkeit als zweischneidiges Schwert erlebt: „Nach der Revolution 2010/2011 wurde unsere Community sichtbarer, auch durch soziale Medien. Aber genau das hat auch dazu geführt, dass der Staat restriktiver geworden ist.“

Der berüchtigte Paragraf 230, der noch aus der Kolonialzeit stammt und Homosexualität kriminalisiert, wurde früher zwar selten angewandt, ist inzwischen aber wieder ein reales Risiko, nachdem Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder auch nur eines entsprechenden Verdachts inhaftiert wurden.

In den Jahren 2024 und 2025 gab es in Tunesien massive Verhaftungswellen. Sie zielten auf die



Queer Film Festival (MQFF) – Offizielles Plakat der 3. Ausgabe (2022) – Das 2018 ins Leben gerufene Festival würdigt queeres Kino und ein breites Spektrum künstlerischer Ausdrucksformen aus Tunesien und der gesamten Region. © Mawjoudin We Exist

queere Community. Menschen wurden oft allein aufgrund von Vermutungen festgenommen, teilweise wurden Handys kontrolliert, Dating-Apps ausgewertet oder Kleidung als „Beweis“ genutzt.

Und doch entscheidet sich Mawjoudin bewusst für Öffentlichkeit. Es geht darum, die erkämpften demokratischen Freiräume nicht einfach aufzugeben. 2018 organisierte die Gruppe das erste queere Filmfestival des Landes. Später folgte das Theaterstück „Flagranti“, das über vier Jahre hinweg in 22 Aufführungen gezeigt wurde. Es erzählt von queeren Lebensrealitäten, von Repression – und von Würde. Hedy fasst es so zusammen: „Im Stück sieht man Männer, die sich küssen, es geht



Mawjoudin Queer Residency – Offizielles Plakat (2024) – Ein Künstlerresidenzprogramm in der historischen Medina von Tunis, das sechs Projekte von Künstlern aus Tunesien, der MENA-Region und der dortigen Diaspora zusammenbringt.
© Mawjoudin We Exist

um Trans-Personen, um den sogenannten Anal-Test. All das sind reale Erfahrungen in einem sehr restriktiven Umfeld.“

Die Aufführungen finden nur an sicheren, nur Eingeweihten bekannten Orten statt. Denn selbst ein Theaterbesuch kann riskant sein. „Als queeres Paar kann man sich in der Öffentlichkeit nicht zeigen.“ Dennoch sind gerade diese künstlerischen Räume entscheidend:

„Durch das Theaterstück hatten wir Kontakt zur Community, zu Verbündeten, aber auch zu Menschen außerhalb. Es ist ein wichtiges Werkzeug, um Bewusstsein zu schaffen.“

Neben Kunst leistet Mawjoudin vor allem konkrete Hilfe: psychologische Betreuung, medizinische Unterstützung, rechtliche Beratung und manchmal auch finanzielle Hilfe für Menschen, die in akuter Gefahr sind. Doch die Arbeit von Mawjoudin steht unter Druck.

„Seit der Verstärkung der Repressionen gegen Nichtregierungsorganisationen um das Jahr 2024 ist es viel schwieriger geworden, eine internationale Finanzierung zu bekommen. Wir haben nicht mehr die Mittel, um Menschen bei Miete oder Lebenshaltungskosten zu unterstützen“, erläutert Hedy.

Gleichzeitig wächst der Bedarf. Digitale Sicherheit ist zu einem zentralen Thema geworden, denn persönliche Daten können zur Gefahr werden. Menschen seien allein aufgrund von Informationen, die sie in sozialen Medien teilen, Gefahren ausgesetzt, erklärt Hedy. Wer sich hier als queer oder Sympathisant von queeren Menschen outet, wird leicht zum Ziel von Bedrohungen. „Der Fortschritt ist langsam. Wir hatten nie eine Phase der sexuellen Befreiung wie in Europa.“

Trotz all dieser Herausforderungen hält die Bewegung an ihren Freiräumen fest – so fragil sie auch sein mögen. „Wir versuchen, als Bewegung



„عصايان كوييري – Queer Riot“ (Fotokampagne, 2020) – Eine Fotoserie mit queeren Personen, die am 17. Mai in der Innenstadt von Tunis aufgenommen wurde und eindringliche Botschaften der Befreiung und des Widerstands gegen Queerphobie vermittelt. © Mawjoudin We Exist

zu überleben. Und Momente von Freude und Sichtbarkeit zu schaffen, soweit es möglich ist.“

Für Hedy ist der Kampf um queere Freiräume eng verbunden mit der Frage nach Demokratie selbst: „Sexuelle Rechte sind grundlegende individuelle Rechte – das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen. Das ist ein Schlüssel für echte Freiheit.“

Umso wichtiger sind geschützte Räume – ein Theater, ein Festival, ein Workshop –, in denen Zukunft erprobt wird. Orte, an denen für einen Moment sichtbar wird, was sonst verborgen bleiben muss. Orte, an denen eine andere Gesellschaft zumindest vorstellbar wird.

Mawjoudin zielt dabei auf länderübergreifende Solidarität. In Deutschland unterstützte die Hirschfeld-Eddy-Stiftung, die Menschenrechtsstiftung des LSVD⁺, bis 2023 die Organisation bei der Umsetzung von Maßnahmen vor Ort, zum Beispiel bei der Unterstützung von Geflüchteten, der Realisierung von queeren Filmfestivals und einem queeren Theaterstück. Darüber hinaus habe man, sagt Hedy, ein Netzwerk mit ähnlichen Organisationen in Marokko und Algerien geknüpft, um voneinander zu lernen, Strategien auszutauschen und sich gegenseitig zu stärken. „Das Wichtigste ist, dass wir in der Lage sind, unser Wissen und unsere Errungenschaften an die nächste Generation weiterzugeben.“

Mawjoudin

Mawjoudin setzt sich in Tunesien für die Rechte von LSBTIAQ+-Personen sowie für Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe ein. Die Organisation schafft sichere Räume für Austausch, Beratung und kulturelle Sichtbarkeit queerer Menschen. Durch Bildungsarbeit, Kampagnen und kulturelle Veranstaltungen fördert Mawjoudin öffentliche Debatten über Menschenrechte, Diskriminierung und individuelle Freiheiten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung junger Menschen, die von Ausgrenzung oder Gewalt betroffen sind. Ziel der Arbeit ist es, demokratische Freiräume zu stärken und eine offenere, vielfältigere Gesellschaft in Tunesien zu fördern.

AUSBLICK UND EMPFEHLUNGEN FÜR DIE ARBEIT VON NRO



ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN ERKENNTNISSE

Globale Krise der Demokratie

Die Demokratie hat aktuell starke Gegenspieler_innen: Weltweit nehmen autoritäre Tendenzen zu; zivilgesellschaftliche Räume, die Engagement in einer und für eine Demokratie ermöglichen, schrumpfen.

Die gängigsten Mittel der Repression sind die Kriminalisierung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, ihre Diffamierung als ausländische Agenten, die Beschränkung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Bedrohung gesellschaftlicher Aktivist_innen durch Gewalt und Inhaftierung.

Autoritäre Regime bedienen sich dazu häufig der Justiz, der Bürokratie oder der Regulierung als Instrumente zur Durchsetzung ihrer Interessen. Für viele Demokratien bedeutet das eine Gefahr der schleichenden Aushöhlung ihrer Institutionen.

Rolle der Zivilgesellschaft

Den NRO kommt in dieser Situation eine Schlüsselrolle für die Förderung der Demokratie zu: Sie verteidigen Mitbestimmungsrechte, stärken marginalisierte Gruppen, fördern politische Bildung und fordern Rechenschaft ein.

Durch ihre konkrete Arbeit mit Menschen stärken NRO die Demokratie „von unten“. Sie verschaffen unterdrückten Stimmen Gehör.

Demokratiestärkung ist in ihrer Arbeit eng verbunden mit der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, der Verteidigung der Rechte von Minderheiten sowie der Aufarbeitung und dem Abbau kolonialer Strukturen. Das Empowerment von marginalisierten und entrechteten Gruppen sowie ihre aktive Einbindung in Entscheidungsprozesse stärken nicht nur die Demokratie – beides sorgt, wie das Beispiel der Women's School of Leadership zeigt, gleichzeitig für wirtschaftlichen Aufschwung. NRO bieten darüber hinaus marginalisierten Gruppen, wie indigenen Communitys und queeren Menschen, eine Plattform, um mit juristischen, medialen und kulturellen Mitteln für ihre Rechte zu kämpfen.

Viele NRO vermitteln nicht nur Wissen über die eigenen Rechte. Sie bieten, wie die Eine-Welt-Netzwerke in NRW oder Thüringen, auch Räume, in denen Demokratie durch partizipative und lebensnahe Formate erfahrbar wird. Sie stärken auf diese Weise kritisches Denken, machen globale Zusammenhänge verständlich und fördern die aktive Beteiligung der Bürger_innen an lokalen wie globalen Prozessen.

Auch Kinder und Jugendliche übernehmen zunehmend Verantwortung für sich und andere. Das zeigen Bildungsprojekte, wie das von Aktion gegen den Hunger in Deutschland, das Don Bosco Forum for the Young at Risk in Indien oder die Schularbeit im Projekt von Plan International Young Citizens' Score Card in Kenia und Uganda. Bildung geht dabei mit politischer Teilhabe einher. Die Kinder und Jugendlichen engagieren sich auf lokaler Ebene und erwerben dadurch praxisnah demokratische Kompetenzen.

All diese Projekte zeigen: Die intersektionale Inklusion und Teilhabe von marginalisierten Gruppen ist Voraussetzung für eine echte Demokratie.

Zentrale Herausforderungen

Für viele NRO ist ihre Arbeit tagtäglich mit politischen Repressionen und Behinderungen durch Überwachung, Verbote und Verhaftungen verbunden. Autoritäre Regime versuchen, ihre Arbeit gesellschaftlich zu delegitimieren.

Hinzu kommt wachsender finanzieller Druck. Wichtige Geldgeber_innen wie USAID fallen vollkommen aus, und auch europäische Geberländer kürzen ihre Mittel zunehmend und gefährden damit den Fortbestand etablierter zivilgesellschaftlicher Projekte.

Die Handlungsräume schrumpfen gleichzeitig politisch, ökonomisch und gesellschaftlich.

Strategien für die Resilienz

Dennoch zeigen die Beispiele, dass NRO und mit ihnen die Zivilgesellschaft Wege finden, um handlungsfähig zu bleiben. Demokratie wird von ihnen als ständiger Aushandlungsprozess verstanden. Vielerorts bewirken Proteste und Engagement positive Veränderungen. Das reicht von der Freilassung politischer Gefangener in Togo oder Ecuador bis zur Mitsprache von Kindern auf lokalpolitischer Ebene in Nordindien.

Indem sie Netzwerke bilden, können NRO, wie die Menschenrechtsorganisationen in Argentinien (CELS), Guatemala (CALDH) oder Kamerun (Draufsicht Bamenda), Wissen und Strategien austauschen, ihre Ressourcen bündeln und sich so besser gegen Repressionen verteidigen.

Darüber hinaus sichern ihnen internationale Verbündete eine erhöhte Sichtbarkeit und politische Unterstützung.

Globale Vernetzung stärkt die Resilienz gegenüber Repression und ist zentral für lokale Handlungsfähigkeit.



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR ENTWICKLUNGSPOLITISCHE UND HUMANITÄRE AKTEUR_INNEN

Dieses Kapitel resümiert die Erkenntnisse aus den Interviews mit unseren Mitgliedsorganisationen und deren Partnerorganisationen und stellt keine abgestimmte VENRO-Position dar. Sie entstanden aus der Erfahrung in der Projekt- und Kampagnenarbeit der Organisationen weltweit und lassen sich dementsprechend nicht immer und überall anwenden.

Zivilgesellschaftliche Räume aktiv schützen und erweitern

Die Erfahrungen der NRO zeigen, dass sie ihre Arbeit angesichts von Repressionen zunehmend auf den Schutz von Handlungsräumen ausrichten müssen. Dazu gehört:

- Der Aufbau von Schutzmechanismen für Aktivist_innen in den Bereichen digitale Sicherheit, rechtliche Unterstützung sowie Sicherheits- und Risikomanagement, wie es etwa INREDH in Ecuador oder Mawjoudin in Tunesien bereits praktizieren.
- Die strategische Nutzung nationaler und internationaler Rechtswege. Dank juristischer Klagen und weltweitem Druck haben etwa die argentinische Menschenrechtsorganisation CELS und CALDH in Guatemala vor Gericht Erfolg gehabt.
- Die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen zur Erhöhung von Rechenschaft und Sichtbarkeit.

Internationale Akteur_innen sollten diese Bemühungen politisch flankieren, fördern und gezielten diplomatischen Druck auf restriktive Regierungen ausüben.

Internationale Vernetzung systematisch stärken

Die Beispiele in diesem Report zeigen, dass transnationale Netzwerke ein zentraler Faktor für Resilienz sind. Folgende Faktoren tragen zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen bei:

- Die Förderung von überregionalen Allianzen.
- Der Ausbau von Partnerschaften zwischen lokalen und internationalen Organisationen.
- Die Nutzung internationaler Plattformen, zum Beispiel UN-Mechanismen, zur Stärkung lokaler Stimmen.

Internationale Sichtbarkeit schützt Akteur_innen vor Repression und erweitert ihren politischen Handlungsraum.

Lokales Empowerment und partizipative Ansätze fördern

Demokratiestärkung gelingt besonders dort, wo Menschen selbst als politische Akteur_innen handeln können. Deshalb sollten Programme:

- konsequent partizipativ und inklusiv gestaltet sein;

- marginalisierte Gruppen, wie Frauen, Jugendliche, indigene Communitys und LGBTQI+, gezielt stärken;
- auf Selbstorganisation und lokale Verantwortungsübernahme setzen.

Einrichtungen wie die Women's School of Leadership oder Instrumente wie die YCSC zeigen, wie Beteiligung konkret und wirksam umgesetzt werden kann.

Bildungsarbeit als Schlüsselstrategie ausbauen

Bildungsarbeit kann Demokratie konkret erfahrbar machen. Daher sollten NRO:

- niedrigschwellige Bildungsformate wie Dialogformate, künstlerische Ansätze oder Community-Projekte fördern. Das Filmfestival von Aktion gegen den Hunger oder Straßenaktionen der Eine-Welt-Netzwerke in Thüringen und Nordrhein-Westfalen geben dafür Good-Practice-Beispiele;
- kritisches Denken und Medienkompetenz stärken. Wie das Beispiel, Draufsicht Bamenda aus Kamerun zeigt, eignen sich dafür Schul-Workshops und die Ausbildung von Jugendlichen zu Lokaljournalist_innen;
- globale Themen, zum Beispiel Klimagerechtigkeit und Ungleichheit, mit lokalen Erfahrungen verknüpfen. Hier leistet etwa die Schule des Wissensaustausches in Guatemala hervorragende Arbeit.

Bildungsarbeit ist Basisarbeit: Sie wirkt langfristig und stärkt die gesellschaftliche Resilienz gegenüber autoritären Narrativen.

Strategische Kommunikation und Gegen-Narrative entwickeln

Da Delegitimierung und Desinformation zentrale Instrumente autoritärer Politik sind, sollten NRO:

- aktiv Gegen-Narrative entwickeln;
- faktenbasierte Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit betreiben;
- alternative, glaubwürdige Informationskanäle schaffen.

Ob Community-Journalismus in Kamerun, die Schularbeit der Aktivist_innen der YCSC, die Theaterstücke von Mawjoudin in Tunesien oder die Ausbildung von Männern und Frauen an der Women's School of Leadership: Sichtbarkeit und positive Narrative sind entscheidend im politischen Kampf um Legitimität.

Finanzierungsmodelle diversifizieren und absichern

Sinkende internationale Fördermittel sind eine der größten Herausforderungen für NRO weltweit. Viele Projekte, wie Mawjoudin in Tunesien oder FCTD in Togo, müssen sich in ihrer Arbeit einschränken. Wie können NRO dennoch ökonomisch handlungsfähig bleiben?

Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten in Zukunft:

- ihre Finanzierungsquellen diversifizieren;
- lokale Ressourcen und Community-basierte Unterstützungssysteme stärken;
- mit Hilfe internationaler Netzwerke Advocacy-Arbeit für eine bessere internationale Entwicklungsfinanzierung betreiben.

ANHANG



INTERVIEWPARTNER_INNEN

- Verena Lauer, Bianca Belger – ADRA Deutschland
- Vassilios Saroglou – Aktion gegen den Hunger
- Paula Litvachky – Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS), Argentinien
- David Dosseh – Front Citoyen Togo Debout (FCTD), Togo
- Father Joe Prabhu, Moumita Roy, Garrol Lotha, Deep Gurung – Don Bosco Mondo, Indien
- Laura Huschenbett, Franzisca Weiland – Eine Welt Netzwerk Thüringen
- Svenja Bloom, Klaas Friemel Janowsky – Eine Welt Netz NRW
- Bettina von Reden – Fairtrade Deutschland
- Hedy (Name geändert) – Mawjoudin, Tunesien
- Irmgard Soentgen – Misereor
- Cissy Kaamu, Betty Habene, Damaris Nyahondo, Marilena Bachmeier – Plan International Deutschland, Plan International Uganda
- Dzebam Godlove – Draufsicht Bamenda, Kamerun
- Holger Vollbrecht – Solidaritätsdienst International
- Odelma Pastor Ajanel, Janeth Revolorio – Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos (CALDH), Guatemala

Wir danken allen, die zu dem Report beigetragen haben und die vielen interessanten Gespräche möglich gemacht haben.

QUELLENVERZEICHNIS

Adventist Development and Relief Agency (ADRA) Yemen:
ADRA Yemen – Humanitarian and Development Assistance in Yemen. ↘ https://adramena.org/our-story/where-we-work/yemen/

Aktion gegen den Hunger gGmbH (o. J.):
Human Rights Film Festival Berlin – Filme, die die Welt verändern. ↘ https://www.humanrightsfilmfestivalberlin.de

Almula-Dhanoon, Mufeed D. Y. und Khalil, Zahraa (2024):
The Relationship between Women's Economic Empowerment and Income Distribution in Developing Countries.↘ https://www.researchgate.net/publication/377241739_The_relationship_between_women%27s_economic_empowerment_and_income_distribution_in_developing_countries

Amadeu Antonio Stiftung (2026):
Feindbild Zivilgesellschaft. Sicherheitsreport zu Angriffen auf Demokratieprojekte. ↘ https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2026/03/Amadeu-Antonio-Stiftung_KompRex_Feindbild-Zivilgesellschaft.pdf

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2026):
Transformation Index BTI 2026. ↘ https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/transformationsindex-bti/

Biesta, Gert J. J. (2011):
Learning Democracy in School and Society: Education, Lifelong Learning, and the Politics of Citizenship. Rotterdam: Sense Publishers. Springer. ↘ https://link.springer.com/book/10.1007/978-94-6091-512-3

Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. (2026):
Atlas der Zivilgesellschaft 2026. Schwerpunkt Desinformation. Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit. Berlin. ↘ www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/Atlas_der_Zivilgesellschaft/2026/Atlas-der-Zivilgesellschaft_2026_barrierefrei.pdf

Butler, Judith (2004):
Undoing Gender. New York: Routledge.

Butler, Judith (2023):
Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen. 6. Aufl. Berlin: Suhrkamp. ↘ https://www.suhrkamp.de/buch/judith-butler-die-macht-der-geschlechternormen-und-die-grenzen-des-menschlichen-t-9783518295892

Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS):
Quiénes somos.↘ www.cels.org.ar/web/presentacion/

Centro para la Acción Legal en Derechos Humanos (CALDH):
↘ https://caldh.org.gt/

Don Bosco Mondo e. V. (2021):
Von Don Bosco Mondo geförderte Projekte 2021. ↘ www.don-bosco-mondo.de/fileadmin/Downloads/Wer_wir_sind/Transparenz/2021_Liste_gefoerderter_Projekte_.pdf

Draufsicht Cameroon/Beyond the Horizon Association (BeHA):
Draufsicht Cameroon.
↘ www.draufsichtcameroon.org

Eine Welt Netz NRW e. V.:
↘ https://www.eine-welt-netz-nrw.de

Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V. (EWNT):
↘ https://www.ewnt.de

Fairtrade International (2020):
New graduates of the Women's School of Leadership in Côte d'Ivoire forge a new path for women cocoa farmers. ↘ www.fairtrade.org.uk/media-centre/blog/new-graduates-of-the-womens-school-of-leadership-in-cote-divoire-forge-a-new-path-for-women-cocoa-farmers/

Frimpong, Margaret Ayerakwa; Tham-Agyekum, Enoch Kwame; Bakang, John-Eudes Andivi; Ankuyi, Fred; Osei, Collins Kwabena; Amankwah, Kwadwo und Prah, Stephen (2025):
Balancing gender dynamics with the adoption of sustainable practices in Ghana's cocoa sector. In: Food and Humanity, Bd. 4, Artikel 100478. ↘ www.doi.org/10.1016/j.foohum.2024.100478

Front Citoyen Togo Debout (FCTD):
Front Citoyen Togo Debout – Mouvement citoyen pour la démocratie, l'État de droit et les droits humains.

Fundación Regional de Asesoría en Derechos Humanos (INREDH):
↘ www.inredh.org

Levitsky, Steven und Ziblatt, Daniel (2018):
Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Mawjoudin – Initiative for Equality:
↘ www.mawjoudin.org

Nchofoung, Tii; Asongu, Simplice; Tschamyou, Vanessa und Edoh, Ofeh M. (2023):
Gender, Political Inclusion, and Democracy in Africa: Some Empirical Evidence. In: Politics & Policy, 51(1), S. 137–155.
↘ www.doi.org/10.1111/polp.12505

OECD (2024):
Official Development Assistance (ODA).
↘ www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/

Plan International (2016):
Young Citizens Score Cards. Developed by Plan International in collaboration with the Children's Environments Research Group (CERG). ↘ www.gritdesignresearch.com/publications

Putnam, Robert D.; Leonardi, Robert und Nanetti, Raffaella Y. (1993):
Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, NJ: Princeton University Press. ↘ https://press.princeton.edu/books/paperback/9780691037387/making-democracy-work?srsltid=AfmBOoqGeU6g7Yde10_yzwwwGq7cSfkYh4e9vvsRuM5ibfgXYoH3SIeF

European Academy of Religion (EuARe) (2024):
Shrinking Spaces for Civil Societies, Annual Conference, Ljubljana.
↘ https://europeanacademyofreligion.org/euare2024/

United Nations (1989):
Convention on the Rights of the Child, Art. 12. Adopted by UN General Assembly Resolution 44/25 of 20 November 1989.
↘ https://www.unicef.org/child-rights-convention

VENRO (2022):
Stellungnahme. Erwartungen an eine feministische Entwicklungspolitik.
↘ www.venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Stellungnahmen/VENRO_Stellungnahme_Feministische_Entwicklungspolitik_2022.pdf

VENRO (2025):
Standpunkt. Globale Verantwortung beginnt vor Ort. ↘ www,venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Standpunkte/VENRO_Standpunkt_Entwicklungspolitische_Inlandsarbeit_2025.pdf

In der Reihe der NRO-Reports sind bereits erschienen:

↘ **Imagine.** Wie Nichtregierungsorganisationen zu einer friedlichen Welt beitragen, 2025.

↘ **Feminist Journeys.** So können entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit feministischer gestalten, 2024.

↘ **Shifting Power.** Wie entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen den Folgen von Kolonialismus in ihrer Arbeit begegnen können, 2022.

↘ **Wir mischen uns ein.** Advocacy-Arbeit in der zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit, 2021.

↘ **Tech for Good.** Möglichkeiten und Grenzen digitaler Instrumente in der Entwicklungszusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen, 2019.

↘ **Unbequeme Partner?** Von Konfrontation bis Kooperation: Strategien von Nichtregierungsorganisationen gegenüber Unternehmen, 2018.

VENRO-MITGLIEDER

A

@fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e.V.
action medeor
ADRA Deutschland
AGIAMONDO
Aktion Canchanabury
Aktion gegen den Hunger gGmbH
AMICA e.V.
ANDHERI-HILFE e.V.
Apotheker helfen e.V.
Apotheker ohne Grenzen Deutschland e.V.
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
arche noVa
Ärzte der Welt
ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
AT-Verband
AWO International

B

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
BONO-Direkthilfe
BORDA e.V.
Brot für die Welt
Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
Bundesvereinigung Lebenshilfe

C

CARE Deutschland e.V.
Caritas International
CBM Christoffel-Blindenmission Christian Blind Mission e.V.
CHANGE e.V.
ChildFund Deutschland
Christliche Initiative Romero

D

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
Das Hunger Projekt e.V.
DED-Freundeskreis
Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Deutsch-Indische Zusammenarbeit e.V.
Deutsch-Syrischer Verein e.V. (DSV)
DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
Don Bosco Mondo
DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

E

ECPAT Deutschland e.V.
Eine Welt Netz NRW
EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
Energypedia UG
EPIZ – Zentrum für Globales Lernen in Berlin
Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung
Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

F

Fairtrade Deutschland e.V. (früher: Transfair)
Fairventures Worldwide
FIAN Deutschland
ForAfrika Deutschland (früher JAM)
Forum Fairer Handel
FUTURO SÍ

G

Gemeinschaft Sant´Egidio
German Doctors
German Toilet Organisation
Germanwatch
GLS Zukunftsstiftung Entwicklung

H

Habitat for Humanity Deutschland
Handicap International
Help – Hilfe zur Selbsthilfe
HelpAge Deutschland

I

Hilfe für Afrika e.V.
Hoffnungszeichen / Sign of Hope
humedica

Indienhilfe
INKOTA-netzwerk
Internationaler Bund (IB)
Internationaler Hilfsfonds
International Justice Mission Deutschland
Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
Islamic Relief Deutschland

J

Johanniter-Auslandshilfe

K

Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care
Kindernothilfe
Kinderrechte Afrika
KOLPING International Cooperation e.V.
LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e. V.
Lemonaid & ChariTea e.V.
Lichtbrücke

M

Malteser International
MARIE-SCHLEI-VEREIN e. V. – Entwicklungsprojekte für Frauen
Masifunde Bildungsförderung e.V.
materra – Stiftung Frau und Gesundheit
medica mondiale
medico international
MISEREOR
medmissio (früher: Missionsärztliches Institut Würzburg)

N

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.
Neuapostolische Kirche-karitativ e.V.
nph Kinderhilfe Lateinamerika e.V.

O

Ökumenische Initiative Eine Welt e.V.
Opportunity International Deutschland
ora Kinderhilfe international e.V.
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
Oxfam Deutschland

P

Partnership for Transparency Fund e.V. (PTF Europe)
Plan International Deutschland

R

Rhein-Donau-Stiftung e.V.

S

Samhathi – Hilfe für Indien
Save the Children Deutschland
Society for International Development Chapter Bonn (SID)
SODI – Solidaritätsdienst International
Solidaridad Deutschland e.V.
SOS-Kinderdörfer weltweit
SOS Humanity
Stiftung Childaid Network
Stiftung der Deutschen Lions
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Stiftung Kinderzukunft
Stiftung Nord-Süd-Brücken
Street Child Deutschland e.V.
SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
Susila Dharma – Soziale Dienste

T

TERRA Projekte International e.V.
TERRE DES FEMMES
terre des hommes Deutschland
Tierärzte ohne Grenzen (ToG)

V

Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V.
Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungs-organisationen Brandenburgs (VENROB)
Verein entwicklungspolitischer Austausch-organisationen e.V. (ventao)
Visions for Children e.V.

W

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
W. P. Schmitz-Stiftung
Weltfriedensdienst
Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
Welthaus Bielefeld
Welthungerhilfe
Weltladen-Dachverband
Weltnotwerk der KAB Deutschlands
Werkhof Darmstadt
World University Service
World Vision Deutschland

IMPRESSUM

Herausgeber:
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72
10963 Berlin
Tel: 030/26 39 299-10
E-Mail: sekretariat@venro.org

Autor: Jonathan Fischer

Konzept und Redaktion: Erzsébet Lajos

Endredaktion: Janna Völker

Lektorat: Anne Alder

Layout & Illustrationen: axeptDESIGN

Druck: dieUmweltDruckerei

Auflage: 400 Exemplare

Diese Publikation wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100-prozentigem Recyclingpapier gedruckt.

Berlin, Oktober 2026

Diese Publikation wurde gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein VENRO verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des BMZ wieder.

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK UND HUMANITÄRE HILFE 30 JAHRE

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 150 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- → vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik;
- → stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe;
- → schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen und für eine nachhaltige Entwicklung.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

www.venro.org